

HONDURAS
Gewalt gegen
TransFrauen
(Seite 20)

WER DIE NATUR SCHÜTZT LEBT GEFÄHRLICH



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

116 mit dieser Zahl hat uns Anfang des Jahres der Bericht „Wie viele noch?“ der Organisation Global Witness erschüttert. 116 Menschen, die sich für den Erhalt der Natur und gegen zerstörerische Großprojekte von Bergbau-, Strom- und Agroindustrie eingesetzt haben, wurden 2014 ermordet. Die große Mehrheit davon in Mittel- und Südamerika. Honduras ist relativ zur Bevölkerung gesehen trauriger Spitzenreiter der Tabelle.

Doch wer uns und die presente kennt, weiß, dass wir statt nur auf Schreckensmeldungen hinzuweisen, lieber Menschen zu Wort kommen lassen, die sich mutig und aktiv für ihr Land und ihre Leute einsetzen – trotz der Gefahr, die ihnen droht. Und so lassen wir in dieser Ausgabe UmweltaktivistInnen selbst berichten: wie Marcos Gálvez, der aus den Mitteln der Demokratie friedliche Waffen baut im Kampf gegen übermächtig scheinende Bergbau-Multis in El Salvador (Seite 7); wie Berta Cáceres, die mit ihrem Volk, den Lencas, tapfer den lebenspendenden Fluss Gualcarque gegen ein Staudammprojekt verteidigt (Seite 10), obwohl UmweltaktivistInnen wie sie in ihrer Heimat Honduras weltweit am gefährlichsten leben. Nicht umsonst hat sie für ihren unermüdlichen Einsatz den Goldman Umweltpreis 2015 erhalten. Und in Nicaragua pocht die junge Anwältin Mónica López Baltodano auf das Recht und die Verfassung, um den umweltzerstörerischen Bau des Nicaragua-Kanals zu verhindern, auch wenn sie sich dabei teils gegen ihre Landsleute verteidigen muss (Seite 13).

In Guatemala zeigt sich gerade, dass friedlicher Protest etwas bewirken kann, aber nicht muss. Während die Menschen der La Puya Bewegung Dank richterlichem Zuspruch endlich die Schließung der gesetzeswidrigen Goldmine El Tambor feiern (Seite 15), trauern all die Hinterbliebenen der Bürgerkriegsverbrechen von Efraín Ríos Montt, weil der Ex-Diktator höchstwahrscheinlich doch um eine Verurteilung herumkommt (Seite 26).

All diese mutigen Menschen weiter zu unterstützen, ist das mindeste, was wir tun können. Denn wir im globalen Norden sind – gerade beim Thema Rohstoffabbau – mitverantwortlich für den Raubbau an Natur und Menschen. Aluminium, Kohle und Gold begegnen uns zwar nur in verarbeiteter Form in Handys, Autos oder Schmuck, trotzdem sollten wir uns den Hintergründen unserer Produkte stellen und gemeinsam überlegen, wie wir damit umgehen wollen. Das Thema Rohstoffe, dem wir die internationale Kampagne Stop Mad Mining (stoppt den wahnsinnigen Bergbau) widmen, hat auch Papst Franziskus nach der Veröffentlichung seiner Umwelt-Enzyklika „Laudato Si“ noch einmal besonders hervorgehoben. Radio Vatikan sagte er, die betreffenden Unternehmen, Staaten und auch die VerbraucherInnen müssten bedenken, dass sie alle zu einer einzigen Menschheitsfamilie gehörten.

Eine interessante Lektüre wünscht

Ihr CIR-Team

Coverfoto von Guatemala Human Rights Commission:
Trotz Tränengas und schlimmeren Einschüchterungsversuchen hat die La Puya Bewegung in Guatemala die Schließung einer Goldmine erstritten.



THEMA

Wer die Natur schützt, lebt gefährlich

- 4 ANNA BACKMANN, CHRISTIAN WIMBERGER (BEIDE CIR)**
Gefährlicher Umweltaktivismus in Lateinamerika
- 7 CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)**
Einigkeit und Recht und Land
El Salvador eint sich gegen skrupellose Konzerne
- 10 GIORGIO TRUCCHI**
„Honduras ist eine tickende Zeitbombe“
Goldman Umweltpreis-Trägerin Berta Cáceres im Interview
- 13 STELLA WENDLANDT (CIR)**
Nicaraguas Dornröschenschlaf
Wie eine Anwältin das Land wachrütteln will
- 15 ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)**
La Puya
Konflikt um Goldabbau in Guatemala

KAMPAGNEN

- 28 KIRSTEN CLODIUS, MAIK PFLAUM (BEIDE CIR)**
Textilbündnis
Fit & fair oder Mogelpackung?
- 30 DANIEL KIM HÜGEL (CIR)**
Zusammen für eine Welt im Gleichgewicht
Europäischer Jugendgipfel für Ethischen Konsum

ÜBER UNS

- 32 FINANZBERICHT 2014**
Die Christliche Initiative Romero in Zahlen
- 34 Willkommen im CIR-Team!**
- 35 Bestellschein**



THEMA
4-17

26

30

FOTOS: CENIDH, FABIAN FELBRICK, JAMES RODRIGUEZ (MIMUNDO.ORG)

MITTELAMERIKA

Länderberichte

- 20 ANDREA LAMMERS**
HONDURAS
„Dem Staat ist unser Leben völlig egal“
Mord an TransFrau
- 23 CANAN BARSKI (CIR)**
EL SALVADOR
Kleidung Made in Salvador
- 26 MARKUS PLATE**
GUATEMALA
Guatemalas blutiges Erbe

Impressum



Herausgeberin:
Christliche Initiative Romero (CIR)
Breul 23 · D-48143 Münster
Telefon +49 (0) 251-89503
Fax +49 (0) 251-82541
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Redaktion:
Anna Backmann, Canan Barski,
Kirsten Clodius, Jolanta Cabanski,
Johanna Fincke, Daniel Kim Hügel,
Thomas Krämer, Anne Nibbenhagen,
Maik Pflaum, Albrecht Schwarzkopf,
Lisa Stroetmann, Isabell Ullrich
(V.i.S.d.P.), Stella Wendlandt,
Christian Wimberger
Lektorat: Isabell Ullrich
Druck: Kleyer, Münster, September 2015
Layout: Edith Jaspers
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Spenden an die CIR
DKM Darlehnskasse Münster
Konto 3 11 22 00
BLZ 400 602 65
IBAN DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM

Geprüft und empfohlen.
Das DZI bescheinigt der
Christlichen Initiative Romero
einen verantwortungsvollen
Umgang mit Spendengeldern.





Gefährlicher Umweltaktivismus in Lateinamerika

In den letzten Jahren hat die Verfolgung und Unterdrückung von UmweltaktivistInnen weltweit bedrohlich zugenommen. 2014 wurden laut dem Bericht „How many more?“ der Nichtregierungsorganisation Global Witness 116 Umweltaktivisten ermordet. Indigene waren weltweit besonders stark von den Gräueltaten betroffen - auch in Lateinamerika, wo drei Viertel der Verbrechen verübt wurden.

TEXT: ANNA BACKMANN, CHRISTIAN WIMBERGER (BEIDE CIR)

Weltweit wurden die meisten UmweltaktivistInnen in Brasilien (29 Morde), Kolumbien (25) und den Philippinen (15) ermordet. Setzt man die Zahl aber ins Verhältnis mit der Bevölkerungszahl, sind Honduras und Guatemala mit 12 und 5 im Zusammenhang mit Umweltkonflikten ermordeten Menschen die tödlichsten Länder für UmweltaktivistInnen. Die Gründe liegen immer in einem Landnutzungskonflikt, entweder weil dort andere Agrarprodukte an-, Rohstoffe ab- oder Staudämme und andere Großprojekte gebaut werden sollen. Bei diesen Auseinandersetzungen überlagern sich häufig Forderungen nach dem Schutz der Umwelt, zum Beispiel des Regenwaldes, mit Landrechtsfragen. Doch wie kommt es zu derartigen Gewaltexzessen und der gnadenlosen Verfolgung von Protestierenden? Billy Kyte, Referent bei Global Witness, nennt im Interview mit der CIR unter anderen folgende drei Gründe:

Die herrschende Straffreiheit, die hohe Anzahl von Rohstoff-Investitionen auf umstrittenem Land und eine unterdrückende Regierung bei einer gleichzeitig starken Zivilgesellschaft.

Kriminalisierung ist Öl im Feuer

Im Mai veröffentlichte eine peruanische Tageszeitung ein Foto eines Bergbauegners, der - von PolizistInnen festgehalten - ein Messer in Richtung Kamera hält. Kurze Zeit später enthüllte ein kritischer Journalist mit einem Video, dass die Polizisten dem Protestierenden das Messer in die Hand gedrückt hatten, um ihn als Kriminellen vorzuführen. Das Video zeugt auf perfide Weise von einer diffusen Allianz zwischen Bergbaukonzernen, staatlichen Sicherheitskräften und den Medien, die mit solchen Aktionen den Einsatz von Gewalt gegen UmweltschützerInnen legitimieren. Diese Kriminalisierungskampagnen gehen in Peru schon



Die ansässigen BürgerInnen wehren sich gegen die Zerstörung ganzer Landschaften durch den Bergbau - und müssen Verluste beklagen, wie María Sebastiana Pérez, hier mit Foto ihres verschwundenen Sohnes.

so weit, dass Unternehmen und PolitikerInnen mittlerweile gerne auf den Begriff des „Anti-Bergbau-Terrorismus“ zurückgreifen. Gemeinden, die sich gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch die Ansiedlungen von Minen über Tage, Staudämmen oder anderen Megaprojekten wehren, werden als Staatsfeinde deklariert. Dieser Trend lässt sich vom Río Grande in Mexiko bis nach Argentinien beobachten. Dahinter steckt der sogenannte Extraktivismus, der als Entwicklungsmodell auf die Ausbeutung und den Export von Rohstoffen setzt. Laut der Organisation OCMAL, die Bergbaukonflikte in Lateinamerika dokumentiert, nähmen die Regierungen den sozialen Protest als Subversion oder Terrorismus wahr, weil dieser millionenschwere Investitionen gefährdet.

Mittelamerika als Rohstoff-Wühltisch

Auf Mittelamerika trifft das besonders zu, weil es dort extrem viele Bergbaukonflikte gibt: Allein im Mai 2014 identifizierte OCMAL 25. In Guatemala erklärte die Regierung unter Otto Pérez die Bergbaukonflikte sogar zur Bedrohung für die nationale Sicherheit. Von den über 100 neuen Abbaugebieten sind vor allem Indígenas betroffen, die die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen nicht länger hinnehmen wollen. Die Regierung hat deshalb in eini-

gen Bergbauregionen den Ausnahmezustand verhängt. Auf diese Weise können die Grundrechte der demonstrierenden Bevölkerung massiv eingeschränkt und das Militär gegen die BergbauegegnerInnen eingesetzt werden. Die Demokratie wird ausgehebelt.

Unterdrückung bis zum Tod

Der 2014 veröffentlichte Bericht „Bergbau in Guatemala: Rechte in Gefahr“ von Amnesty International stellt fest, dass GemeindeführerInnen im Umfeld solcher Projekte oft eingeschüchert und attackiert werden. Einige AktivistInnen wurden auf grausame Weise getötet, wie der indigene Gemeindeführer Maya Q' equi'. Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsunternehmens ermordeten ihn 2009 wegen seines Widerstands gegen einen guatemaltekischen Nickelkonzern.

Auch in Honduras geht vor allem seit dem Staatsstreich von 2009 die Vergabe von unzähligen Konzessionen (Baurechte) mit der Militarisierung ganzer Regionen einher. Wie

so oft in Mittelamerika geht es dabei um den Abbau von Gold, neuerdings aber auch von Eisen.

Nicht nur die Natur wird ausgebeutet

Nicht immer geht es um die Verteidigung der Natur, wenn Protestierende verfolgt werden. Oft stehen auch Verteilungskonflikte im Vordergrund. >



Diodora Hernández verlor ihr rechtes Auge, weil sie ihr Land nicht für eine Goldmine räumte.

In Guatemala haben friedliche DemonstrantInnen die Bagger in die Flucht geschlagen.



In Nicaragua tragen in der Region Bonanza aktuell KleinschürferInnen Konflikte mit den transnationalen Goldabbau-Konzernen aus. Denn diese beuten unabhängige KleinschürferInnen aus, indem sie ihnen absolute Hungerlöhne für das Gold zahlen. Die Polizei ist klar auf der Seite der Konzerne: In El Chipote verhaftete sie im Mai willkürlich neun Protestierende.

Um sich gegen die Unterdrückung zu wehren, setzen die AktivistInnen auf internationale und regionale Vernetzung. Organisationen wie die M4-Bewegung (Movimiento Mesoamericano contra el Modelo Extractivo Minero) koordinieren Kampagnen in ganz Mittel-

amerika. Sie fordern, dass die Regierungen die betroffenen Gemeinden vor der Umsetzung von Megaprojekten unabhängig informieren und befragen. Das letzte Treffen der Bewegung fand im Juni in El Salvador statt, wo die Organisation CRIPDES aktuell gegen eine Schiedsgerichtsklage des kanadischen Goldkonzerns OceanaGold kämpft (Seite 7). Laut Marcos Galves von CRIPDES stecken in El Salvador vor allem die Bergbaukonzerne hinter den Attacken auf die Bewegung.

Auch Europa hat eine Verantwortung

Auch politische EntscheidungsträgerInnen und Unternehmen in Europa müssen sich für den Schutz der UmweltaktivistInnen einsetzen. Billy Kyte von Global Witness fordert Unternehmen auf, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten umzusetzen, wenn sie in Regionen mit potentiellen Umweltkonflikten investieren oder Produkte aus den betroffenen Ländern importieren. In der Kampagne „Stop Mad Mining“ setzt sich die CIR, gemeinsam mit CRIPDES aus El Salvador und elf weiteren Organisationen dafür ein, dass diese Sorgfaltspflichten gesetzlich in Europa verankert werden. ■

Engagiert – resistent – bedroht.

In Mittelamerika leben Menschen gefährlich, die sich für das Wohl Schwächerer und der Umwelt einsetzen. Dieses Buch zeigt die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hintergründe beispielsweise von Landräumungen in Guatemala, der Verunglimpfung von Indigenas und der Diffamierung von MinengegnerInnen als TerroristInnen und Staatsfeinde. Es gibt einen Überblick über „Handlungsspielräume und Perspektiven sozialer Bewegungen in Mittelamerika“. Dabei geht es um Menschenrechtsverletzungen, Straflosigkeit,

Ausbeutung natürlicher Ressourcen, Freihandelsabkommen und Repression von sozialen Bewegungen. Ein Kapitel von Kirsten Clodius (CIR) widmet sich außerdem den Themen Gewalt gegen Frauen und Frauenmorde.

**BUCH-
TIPP**



Rege Wahlbeteiligung:
Die Maya aus Santa María
Chiquimula, Guatemala, haben
kein Interesse an ausbeuterischem
Bergbau vor ihrer Haustür.



Marcos Gálvez Alemán war
vier Jahre CRIPDES-Leiter.



EINIGKEIT UND RECHT UND LAND

El Salvador eint sich gegen skrupellose Konzerne

Fast die Hälfte – 45 Prozent – der Menschen in El Salvador sind vom Bergbau bedroht. Denn durch den Tagebau wird der Lempa-Fluss, wichtigste Wasser-, Strom- und Fisch-Quelle des Landes, verseucht. Wenig verwunderlich also, dass die BürgerInnen des Landes dem Bergbau mehr als kritisch gegenüberstehen, wie unser langjähriger Partner Marcos Gálvez Alemán in diesem Interview berichtet. Seine Organisation CRIPDES hat einen Weg gefunden, diese Einigkeit der Bevölkerung als friedliche, aber starke Waffe gegen die übermächtigen transnationalen Konzerne einzusetzen.

INTERVIEW: CHRISTIAN WIMBERGER,
ÜBERSETZUNG: STELLA WENDLANDT (BEIDE CIR)

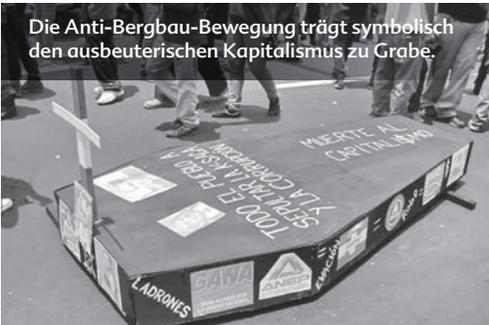
Marcos, wie sieht euer Kampf gegen den Bergbau derzeit aus?

„ Wir stützen uns auf Berichte und wissenschaftliche Studien, führen Aktionen in den betroffenen Gemeinden durch, sensibilisieren und bilden weiter. Gleichzeitig fordern wir von der Regierung den Vergabestopp von Erkundungs- und Schürfgenehmigungen.

Die Regierung hat vorsorglich keine weiteren Lizenzen an Bergbau-Unternehmen vergeben und das ist gut so. Aber Minen und der Abbau fossiler Brennstoffe sind nach wie vor erlaubt. Wir finden, das Gesetz sollte den Bergbau vollständig verbieten, und fordern die Verabschiedung eines solchen Gesetzes.

Auf lokaler Ebene haben wir den Erlass von Verordnungen vorangetrieben, die den Bergbau in den jeweiligen betroffenen Gemeinden verbieten. Wir haben dazu die Gemeindemit- ➤

glieder befragt. Die Betroffenen entscheiden, ob sie das Bergbauprojekt wollen oder nicht. Bis jetzt wurden drei Gemeinden im Departamento Chalatenango befragt. Eine weitere ist im November 2015 geplant.



Die Anti-Bergbau-Bewegung trägt symbolisch den ausbeuterischen Kapitalismus zu Grabe.

„Stop Mad Mining“ in El Salvador

Transnationale Bergbaukonzerne versuchen in El Salvador, sich das knappe Land unter den Nagel zu reißen, um Gold abzubauen. CIR-Partnerorganisation und Stop Mad Mining-Mitglied CRIPDES wehrt sich gegen den Ausverkauf und setzt sich für ein komplettes Bergbauverbot ein. Am 8. November führt CRIPDES die vierte lokale Volksbefragung durch, um die Bevölkerung vor der Gier der Konzerne und der Umweltzerstörung zu bewahren. Die Gegner sind mächtig: Unternehmen, rechtsgerichtete Politiker und der Schiedsgerichtshof der Weltbank. Die Mobilisierungsarbeit verlangt AktivistInnen wie Marcos Gálvez nicht nur unermüdlichen Einsatz ab, sondern kostet auch viel Geld.

Bitte unterstützen Sie CRIPDES bei dieser wichtigen politischen Arbeit mit einer Spende.

Stichwort »CRIPDES«

Versprechen diese Volksbefragungen denn Erfolg?

Als Präsident von CRIPDES war es in den vergangenen vier Jahren meine Aufgabe, eine neuartige Form des Widerstands in El Salvador zu verbreiten, die explizit auf friedlichen Mitteln beruht. Wir haben von den bestehenden Mechanismen der Bürgerbeteiligung Gebrauch gemacht, die in den Gesetzen von El Salvador verankert sind – sie wurden nur bisher selten genutzt. Aber sie befähigen die Bevölkerung, Entscheidungen in Angelegenheiten zu treffen, die sie direkt betreffen. Wie im Fall des Bergbaus.

Die kommunalen PolitikerInnen müssen die Entscheidung der Gemeinde ohne Einschränkung umsetzen, so schreibt es Artikel 117 des kommunalen Gesetzbuches vor. Das gilt vor allem, wenn die Befragung von der Bevölkerung angestoßen wurde, wie in diesem Fall. In den drei durchgeführten Gemeindebefragungen haben sich 98 bzw. 99 Prozent gegen den Bergbau ausgesprochen. Die Verordnung ist dann zwar nur auf die Rechtsprechung der betroffenen Gemeinde anwendbar. Dennoch handelt es sich um ein friedliches Mittel, um sich vor der Bedrohung Bergbau zu schützen.

War die Anti-Bergbau-Bewegung in El Salvador trotz friedlicher Methoden auch Repressionen oder Verfolgung ausgesetzt?

Ja. Menschen wurden ermordet, verletzt und bedroht. Einige mussten das Land verlassen. Andere mussten beim Staat um Personenschutz bitten.

Obwohl die Behörden sich weigerten, nach den Verantwortlichen zu suchen, gibt es Spekulationen, dass es sich dabei um Personen handelt, die mit den Bergbauunternehmen in Verbindung stehen. Ein Beweis dafür ist die Verurteilung eines ehemaligen hohen Funktionärs der Bergbaufirma Pacific Rim. Er muss für 11 Jahre ins Gefängnis, weil er an der Ermordung und Zerstückelung von Personen beteiligt war. Seine Verurteilung bezog sich allerdings auf

Fälle, die nicht mit der Anti-Bergbau-Bewegung in Verbindung stehen.

Mit diesem Konzern gibt es doch auch aktuell einen Konflikt?

Oceana Gold (ehemals Pacific Rim) verklagt den salvadorianischen Staat beim Internationalen Schiedsgericht zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) auf 301 Millionen Dollar, weil dieser ihr die Schürfrechte entzogen hat. Obwohl der Konzern wusste, dass er nicht alle gesetzlichen Vorgaben erfüllt, hat er Klage eingereicht. Wir befürchten, der salvadorianische Staat könnte verurteilt werden, da die Urteile beim ICSID oft zugunsten der Unternehmen ausfallen.

Wir stellen uns gegen diese Forderung, indem wir als sogenannter „Äußerer Dritter“ an dem gerichtlichen Prozess teilnehmen. Im Zusammenschluss mit anderen Organisationen tragen wir dem Gericht geschlossen unsere Argumente gegen das Bergbauprojekt vor. Wir fordern von dem Schiedsgericht, dass es die Klage ablehnt, da das Unternehmen die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt und dieses Projekt negative Auswirkungen auf das Leben der Bevölkerung hätte.

Was muss passieren, damit die Rechte der vom Bergbau betroffenen Menschen sowohl vom eigenen Land, als auch von den Importländern respektiert werden?

Für El Salvador wünschen wir uns die Verabschiedung eines nationalen Gesetzes, das die Suche nach und den Abbau von metallischen Rohstoffen verbietet. Damit wäre die salvadorianische Bevölkerung, die Flora und Fauna, vor der Kontaminierung von Gewässern und der Umweltzerstörung geschützt.

Die Länder, die mineralische Rohstoffe importieren, sollten ihr Tun kritisch hinterfragen und Sorge dafür tragen, dass die Bergbau-Unternehmen ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen und sich nicht selbst bereichern, auf Kosten der Umwelt und



Geben auch Sie ihre Stimme gegen zerstörerischen Bergbau, indem Sie die Petition unterzeichnen unter www.ci-romero.de/rohstoffe_stopmadmining/#c13583

der betroffenen Gemeinden, die teils völlig verarmen.

Eines dieser Länder ist Kanada, wo du vor kurzem auf Rundreise warst. Welche Erfahrungen hast du dort gemacht?

Wir hatten dort Gelegenheit, mit ParlamentarierInnen und einigen RegierungsfunktionärInnen zu sprechen und das Problem darzustellen. Sie haben großes Verständnis für die Position von El Salvador. Trotzdem stellen wir fest, dass Kanadas Wirtschaftspolitik zum großen Teil darauf ausgerichtet ist, ausbeuterisch Metalle abzubauen. Obwohl sie offen für unser Anliegen waren, werden sie die Unternehmen weiter in ihren Zielen unterstützen. Auf der anderen Seite konnten wir unser Problem auch mit den dortigen Organisationen besprechen und haben dadurch wichtige Unterstützung erhalten.

Du warst nun vier Jahre lang Präsident von CRIPDES. Was war dein wichtigster, motivierendster Erfolg?

Der Erfolg El Salvadors besteht darin, dass die Bevölkerung eine feste Position gegen den Bergbau vertritt. Die Regierung hat sich dem geöffnet und reagiert: Sie erteilt keine Erkundungs- und Schürfrechte mehr im Bergbau. Damit ist der Bergbau zeitweise außer Kraft gesetzt, es herrscht ein Moratorium. Diese Entscheidung wird laut einer Umfrage der Universidad Centroamericana José Simeón Cañas (UCA) vom 16. Juli 2015 von circa 80 Prozent der Bevölkerung unterstützt.





Berta Cáceres hält einen Moment inne, um ihren MitstreiterInnen zu gedenken, die im Konflikt um den Staudamm ermordet wurden.

„HONDURAS IST EINE TICKENDE ZEITBOMBE“

Berta Cáceres, eine Sprecherin der indigenen Lenca, berichtet von der gefährlichen Situation, in der sich UmweltaktivistInnen in Honduras befinden. Immer wieder sind sie Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzt. Erst im Mai wurde etwa Moisés Durón Sánchez, aktives Mitglied in Berta Cáceres' Organisation COPINH, erschossen.

INTERVIEW: GIORGIO TRUCCHI
ÜBERSETZUNG: STELLA WENDLANDT (CIR)

Berta, wie kam es dazu, dass du dich diesem Kampf angeschlossen hast?

„ Es war ein langer Prozess, bei dem COPINH eine entscheidende Rolle gespielt hat. Die Organisation gab uns den Raum, uns auszutauschen und gemeinsame Ideen zu formulieren. Mein Leben ist in der Geschichte der Lenca verankert. Unser Territorium, unsere Spiritualität und unsere gemeinsamen Naturgüter zu verteidigen, ist für uns ein essentieller Bestandteil unserer Kultur und unseres Weltbildes. Der Lebensentwurf der Lenca ist durch und durch antikapitalistisch.

Zwischen 2002 und 2014 wurden **in Honduras 111 UmweltaktivistInnen ermordet.**

Gemessen an der Einwohnerzahl war Honduras laut dem Bericht „Wie viele noch?“ von Global Witness das gefährlichste Land für UmweltaktivistInnen, insgesamt belegt es nach Brasilien, Kolumbien und den Philippinen den vierten Platz – ein gefährliches Pflaster für diejenigen, die sich für den Schutz der natürlichen Ressourcen und die indigenen Territorien und Gemeingüter einsetzen. So auch für **Berta Cáceres**, die die Organisation **COPINH** (Ziviler Rat der indigenen und Volksorganisationen von Honduras) leitet.

Für ihren Einsatz erhielt sie am 20. April in San Francisco den **Goldman Umweltpreis 2015**, die höchste Auszeichnung für UmweltaktivistInnen. Als einen der Gründe, weshalb ihr die Umweltstiftung Goldsachs den Preis verlieh, nannte sie **die unermüdliche Arbeit der Lenca-Gemeinden sowie ihren erfolgreichen Kampf gegen das Wasserkraftprojekt Agua Zarca am Fluss Gualcarque.**

Bertas Leben ist geprägt vom unentwegten **Einsatz für den Naturschutz**, und das vor dem Hintergrund eines extraktivistischen Wirtschaftsmodells, in dem die natürlichen Ressourcen privatisiert und geplündert und Menschen für den Bau von Großprojekten von ihrem Land vertrieben werden. **Wie sie damit umgeht, erzählt sie im Interview.**

Ich komme außerdem aus einem schwierigen Kontext, wo die Menschen unter harten Bedingungen aufwachsen. Dort lernt man schnell, die strukturellen Probleme dieses Landes wahrzunehmen und gegen sie anzugehen.

Du hast schon mehr als einmal die Kriminalisierung von UmweltaktivistInnen beklagt.

Wer steckt hinter der Repression?

Ich habe nicht den geringsten Zweifel, dass es sich dabei um eine staatliche Repressions- und Kriminalisierungspolitik handelt, die alle unterdrückt, die sich für diesen Kampf und das Leben einsetzen.

Präsident Juan Orlando Hernández behauptet, dass die Ermordung von UmweltaktivistInnen Ergebnis des organisierten Verbrechens sei.

Das ist dieselbe Verschleierungspolitik, die auch früher schon angewendet wurde. Trotzdem – wir, die indigene und afroamerikanische Bevölkerung und die BäuerInnen, die diese Repression am eigenen Leib erfahren

müssen wissen, dass es organisierte, geplante und finanzierte Strukturen gibt, um UmweltschützerInnen zu verfolgen, zu unterdrücken und zu töten.

Welchen Interessen gehorcht diese Strategie?

Wir einheimischen Bevölkerungsgruppen in Honduras stellen uns gegen Großprojekte im Energiesektor, im Bergbau und in der Agroindustrie, hinter denen großes nationales und transnationales Kapital steht. In Honduras hat sich diesbezüglich ein neoliberales Wirtschaftsmodell eingebürgert, das auf der Enteignung, dem Raubbau und der Privatisierung von Land und Ressourcen basiert. Gleichzeitig befinden wir uns mit diesem Projekt von höchster regionaler Wichtigkeit in einem immer schneller werdenden Prozess der Transnationalisierung.

Es werden tausende Quadratkilometer unseres Kontinents für Erdölerkundungen an die British Gas Group übergeben und über >

300 Wasserkraftprojekte und nicht weniger als 870 Bergbauprojekte gefördert, von denen sich fast 100 im Territorium der Lenca befinden.

Außerdem werden touristische Megaprojekte angestoßen oder der großflächige Ausbau von Monokulturen vorangetrieben, vor allem von Zuckerrohr und Ölpalmen. Und der Aufbau neuer US-amerikanischer Militärstützpunkte geht weiter.

Es ist das Bild eines Landes, das an den/die HöchstbietendeN verkauft wird.

Honduras ist ein komplett militarisiertes Land, zerfressen von der institutionalisierten Korruption, die ausschließlich dazu dient, die Interessen der oligarchischen und transnationalen Gruppen zu garantieren. Also jene, die den Staatsstreich 2009 organisiert haben.

Aber die honduranische Bevölkerung reagiert jetzt, nach dem jüngsten Korruptionsskandal.

Die Menschen sind empört über so viel Korruption, Straflosigkeit und fehlende Moral und sie haben eine bedeutende Bewegung in Gang



Mit COPINH setzt sich Berta für bedrohte Volksgruppen ein.

gesetzt. Sie fordern eine internationale Kommission gegen die Straflosigkeit (CICIH) und einen politischen Strafprozess gegen alle FunktionärInnen, die an dem Bankrott und der Plünderung der staatlichen Sozialversicherung (IHSS) beteiligt waren, darunter auch Präsident Hernández. Die Idee, eine alternative gesetzgebende Nationalversammlung zu bilden, wurde auch

wieder aufgegriffen und wird diskutiert.

Was sich da in Honduras zusammenbraut, ist eine tickende Zeitbombe. Die sozialen und politischen Konflikte verschärfen sich und die allgemeine Empörung steigt. Das ist auch das Ergebnis einer besseren Dialogfähigkeit zwischen den Lagern in der honduranischen Zivilgesellschaft.

Es ist wichtig, dass in Europa und in anderen Teilen der Welt die sozialen Bewegungen Stellung zu diesem Kampf beziehen, dass sie ihn unterstützen und ihre Regierungen und Unternehmen, die an diesem ausbeuterischen Prozess beteiligt sind, unter Druck setzen.



Gemeinsam sind wir stark

Die Goldman Umweltpreis-Trägerin Berta Cáceres nennt als Triebfeder für ihr Engagement die Möglichkeit, sich zu organisieren: „Die Organisation gab uns den Raum, uns auszutauschen und gemeinsame Ideen zu formulieren.“ Auch auf den honduranischen Melonenplantagen und Garnelenfarmen gilt eigentlich das Menschenrecht auf Gewerkschaftsbildung. Ob es den ArbeiterInnen auch wirklich gewährt wird, überprüft die unabhängige Monitoring-Organisation EMIH (Equipo de Monitoreo Independiente de Honduras). Außerdem organisiert EMIH im Rahmen eines neuen BMZ-geförderten Projektes Debatteerrunden, bei denen sich GewerkschafterInnen aus dem ganzen Land austauschen können.



Unterstützen Sie EMIH dabei, das Gemeinschaftsgefühl der aktiven ArbeiterInnen zu stärken!

Stichwort »EMIH«

Die revolutionären FührerInnen Lateinamerikas auf einem Gemälde in Granada, Nicaragua. Während das Land schläft, tritt eine junge Anwältin in deren Fußstapfen.



NICARAGUAS DORNRÖSCHENSCHLAF

Wie eine Anwältin das Land wachrütteln will

Die chinesische Hong Kong Nicaragua Canal Development Group (HKND) teilt Nicaragua entzwei. Nicht nur im wörtlichen Sinne mit dem im Bau befindlichen 278 Kilometer langen transatlantischen Kanal durch Naturschutzgebiete, Süßwasserseen und indigene Gebiete. Auch die Bevölkerung ist gespalten. Die einen lassen sich von der Marketing-Pille von Präsident Ortega ruhig stellen, die dem Volk des zweitärmsten Landes Lateinamerikas Arbeitsplätze und Wohlstand verspricht. Andere sind empört und versuchen, ihre MitbürgerInnen aus dem Dornröschenschlaf zu wecken.

TEXT: STELLA WENDLANDT (CIR)

Die junge Anwältin Mónica López Baltodano hat geahnt, dass an den verheißungsvollen Versprechungen um den Nicaragua-Kanal etwas faul ist. 2013 hatte die Anwältin und Umweltaktivistin einen umfassenden Bericht zu den vertraglichen Bedingungen des Megaprojekts verfasst. Sie stellte fest, dass die Vereinbarungen mehrfach gegen nicaraguanisches Recht verstoßen und verfassungswidrig sind.

25 Wahrheiten über den Kanal

So wurde die nicaraguanische Bevölkerung, insbesondere die AnwohnerInnen in den betroffenen Gebieten, überhaupt nicht zu dem Vorhaben befragt. Für 116 Jahre hat der chinesische Investor Jing Wang freie Hand: Im

Grunde hat ihm die nicaraguanische Regierung uneingeschränkte Verfügung über das gesamte Territorium Nicaraguas übertragen, eingeschlossen das Recht auf Enteignung, Ressourcenraub und Umweltverschmutzung. Das sind nur einige der 25 Gesetzeswidrigkeiten, die Mónica López Baltodano aus den Vereinbarungen zum Kanalbau herausgearbeitet hat.

Die Mär vom großen Profit

Und als ob das nicht schon genug wäre, ist Jing Wangs HKND von jeglichen Steuern und der nicaraguanischen Rechtsprechung befreit. Sollte es zu Streitfällen zwischen Staat und HKND kommen, werden diese vor einem internationalen Schiedsgericht ausgehandelt. >

Auch wird Nicaragua von den erwartbaren Gewinnen kaum profitieren: Präsident Ortega versprach eine Million Arbeitsplätze für das Projekt, real handelt es sich jedoch nur um 25.000 – und diese sind zeitlich befristet. Der Anteil des nicaraguanischen Staats am Kanalprojekt beträgt derzeit gerade einmal ein Prozent.

Um das Projekt doch noch zu legalisieren, verabschiedete die nicaraguanische Regierung im Januar 2014 das Gesetz 840, was einer Umstülpung des nicaraguanischen Rechts gleichkommt, zugeschnitten auf die Interessen des Investors. Seitdem unterstehen Militär und Polizei direkt dem Präsidenten und machen negative Schlagzeilen bei der blutigen Bekämpfung von Blockaden und Demonstrationen gegen das Projekt. Die Protestierenden werden kriminalisiert und daran gehindert, an Demonstrationen teilzunehmen. Überwiegend handelt es sich um indigene und afroamerikanische Bevölkerungsgruppen und BäuerInnen, die in der geplanten Kanalzone leben und um nicht weniger als ihre Existenz fürchten. Unterstützung erhalten sie von Umweltorganisationen wie der Fundación Popol Na, die von Mónica López Baltonado geleitet wird.

Das Volk im Dornröschenschlaf

Doch es ist nicht nur der staatliche Widerstand, gegen den die breite Protestbewegung ankämpfen muss. Große Teile der Bevölkerung lassen sich von den Verheißungen um den Nicaragua-Kanal einnehmen. Einige NicaraguanerInnen haben sogar angeboten, ihre Grundstücke in der Kanalzone unter dem realen Marktwert zu verkaufen, um das Projekt nicht länger hinauszuzögern.

Mónica López Baltonado sieht die Aufgabe der sozialen Protestbewegungen darin, ein allgemeines Bewusstsein für die katastrophale Rechtslage zu schaffen, in der sich Nicaragua befindet. „Die repräsentative Demokratie ist sinnvoll, wenn sie wirklich funktioniert, wenn

es Transparenz und Legalität gibt. [...] Doch das ist nicht die politische Realität in Nicaragua. Der Kampf der bäuerlichen Volksbewegung gewinnt hier an Bedeutung. [...] Sie übernimmt die Verteidigung der natürlichen Ressourcen, des Wassers und der Bürgerrechte, was das Land mit Hoffnung erfüllt. Und ich glaube, sie kann bewirken, dass das Volk aus seinem Dornröschenschlaf erwacht.“ ■

Mónica López Baltodano wird am 21.-22. November auf der Nicaragua Konferenz in Wuppertal zu Gast sein. Mehr dazu unter informationsbuero-nicaragua.org



Widerstand der Betroffenen unterstützen

Vom Bau des Kanals werden nicht nur diejenigen betroffen sein, die auf der geplanten Route ihr Land verlieren und kaum oder keine Entschädigung erhalten. Die befürchteten ökologischen Folgen würden auch diejenigen heftig treffen, die vom Fischfang oder Tourismus im oder am Nicaragua-See leben. Vilma Nuñez, Präsidentin der Menschenrechtsorganisation CENIDH, erklärte im Februar bei einem Protest auf der Insel Ometepe: „Wir unterstützen nicht die Opfer, sondern die Kämpfer für die Menschenrechte!“

Die CIR unterstützt CENIDHs engagierten Einsatz und bittet um Ihre Spende.

Stichwort »CENIDH«



Unerschütterlich stellen sich die Frauen der La Puya Bewegung Polizei und Maschinen entgegen, die zur Goldmine El Tambor vordringen wollen.

LA PUYA: KONFLIKT UM GOLDABBAU IN GUATEMALA

Die Puya raimondii, auch Königin der Anden genannt, ist die Pflanze mit dem größten Blütenstand der Welt. Bis zu 8 Meter reckt er sich goldgelb Richtung Himmel. Im gleichnamigen Gebiet La Puya in Guatemala erhebt sich ebenso stolz das Volk: gegen willkürliche Bergbau-Lizenzvergaben der Regierung über seine Köpfe hinweg und trotz der Unterdrückungsversuche, die BergbaueegnerInnen erfahren.

TEXT: ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)

La Puya ist ein vulkanisches Gebiet zwischen den Gemeinden San Pedro Ayampuc und San Jose del Golfo. Dort, nahe Guatemala-Stadt, gibt es ein Goldvorkommen, für dessen Abbau die Regierung Lizenzen vergab, und zwar an das nordamerikanische Unternehmen Kappes, Cassidy & Associates (KCA) sowie dessen guatemalteckisches Neben-Unternehmen Exmingua S.A.

Im Jahr 2011 begann das Unternehmen mit dem Bau des Bergwerks El Tambor. Zur gleichen Zeit setzten sich die BewohnerInnen aktiv gegen das Bergwerk ein, weil sie sich gesundheitlich und ökologisch durch das Bergbau-Unternehmen bedroht sahen. Ihr Widerstandscamp vor der Einfahrt zum Bergwerk brachte den Bau bis zum September 2014 zum Stillstand.

Dann jedoch konnten die Bergbaumaschinen mit Polizeiunterstützung doch auf das Bergbaugelände einfahren. Kurz darauf hat die Widerstandsbewegung eine Klage bei

Gericht erhoben, dass die guatemalteckische Regierung die Interessen der Bevölkerung nicht berücksichtigt habe. Ein öffentliches Referendum über das Bergbauprojekt hatte es nämlich nie gegeben. Auf dieser Grundlage verfügte die Richterin Angelica Tellez Hernandez in ihrem Urteilspruch vom 15. Juli, dass das Unternehmen seine Aktivitäten gesetzeswidrig durchführt, und daher innerhalb von 15 Tagen alle Aktivitäten einzustellen habe. Auch wenn das Unternehmen rechtlich gegen diese Verfügung vorgehen wird, sieht Antonio Rez von der Widerstandsbewegung in dem Urteil eine Ermutigung für alle anderen Orte in Guatemala, in denen Bergbau betrieben wird: „Nun ist es richterlich bestätigt, dass unser gewaltfreier Protest gerechtfertigt ist.“

Die CIR Partnerorganisation Tzununija (ein Netzwerk von Maya-Frauenorganisationen) hat Ana Sandoval von der La Puya Bewegung zu ihren Erfahrungen vor Ort befragt. >

Wie sieht es mit dem Abbau von Mineralien und den Lizenzen an ausländische Unternehmen in Guatemala aus?

„ Es gibt etliche Bergbau-Unternehmen, die von der guatemaltekischen Regierung Abbau-Lizenzen in verschiedenen Gebieten des Landes bekommen haben. Guatemalas Regierung möchte, dass der Rohstoffsektor expandiert. Die Lizenzen gehen an ausländische Unternehmen, wie im Fall von La Puya an das nord-amerikanische Unternehmen KCA, das mit einem guatemaltekischen Neben-Unternehmen, der Exmingua S.A. zusammenarbeitet. Die Exmingua wird von ehemaligem guatemaltekischen Militärs geleitet. Die Regierung Guatemalas interessiert es dabei wenig, dass unsere Lebensbedingungen gefährdet werden. Es geht ihr um die wirtschaftlichen Interessen, zu deren Schutz öffentliche und private Sicherheitsdienste eingesetzt werden, gegen uns, die lokale Bevölkerung.

Und es gab keine ausreichende Bürgerbeteiligung bei der Ausschreibung solcher großen Projekte?

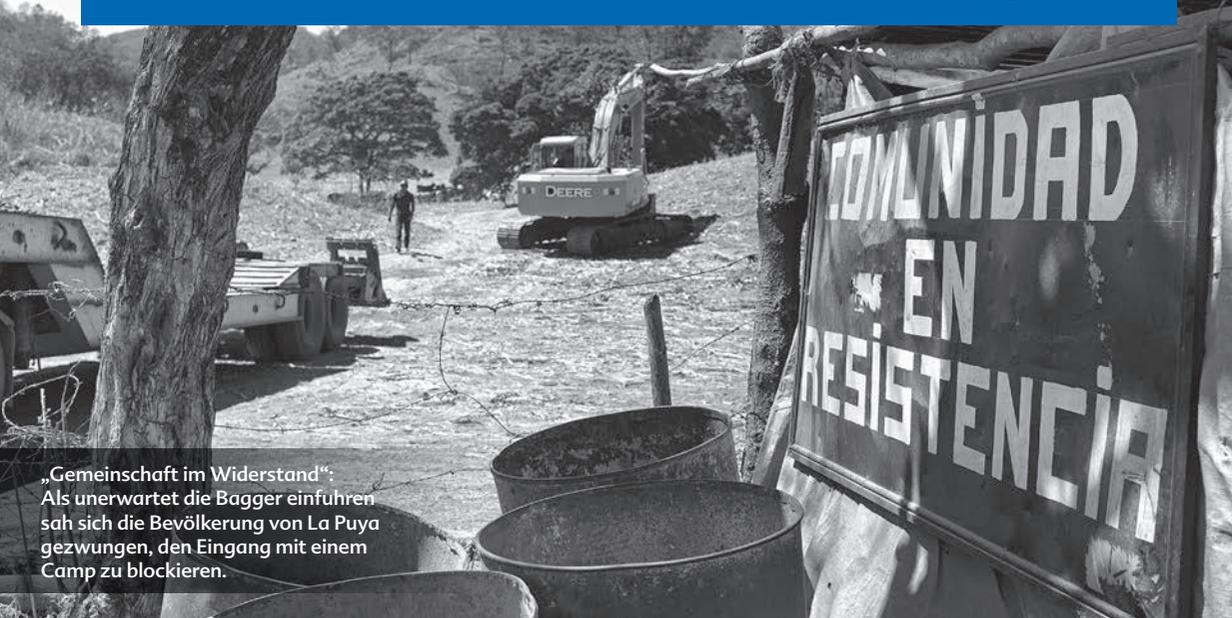
In der Tat werden derartige Projekte begonnen, ohne die Bevölkerung zu informieren, obwohl dies Aufgabe der Regierung ist. Entsprechende Referenden fordert sowohl das

nationale als auch das internationale Gesetz. Guatemala hat die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert, welche die Bürgerbefragung und die Beteiligung der indigenen Bevölkerung vorsieht. Doch im Fall von La Puya wurde sie schlicht nicht eingehalten.

Werden die Menschen, die sich gegen die Bergbauprojekte wenden, kriminalisiert?

Leider können die, die unser Leben, Land und das Wasser verteidigen, ihre Rechte nicht frei ausüben. Gegenwärtig beobachten wir einen Rückschritt in der Demokratisierung des Landes. Wer sich aus guten ökologischen und gesundheitlichen Interessen gegen den Bergbau wendet, wird an freier Meinungsäußerung gehindert und vor Gericht gestellt. Rechtsprechung und Rechtsstaatlichkeit sind in Guatemala schwach – und starken Einflussnahmen ausgesetzt.

Neun von unseren Leuten sind angeklagt und zunächst freigesprochen worden, da die Beweismittel der Staatsanwaltschaft falsch waren. Aber der Fall ist dann in Revision gegangen. Im September 2013 hat jemand auf das Haus von Yolanda Ouelí geschossen. Sie ist eine unserer Sprecherinnen. Sie sagte: „Uns sorgt, dass die Regierung nach Wegen sucht, die Widerstandsbewegung zu krimi-



„Gemeinschaft im Widerstand“:
Als unerwartet die Bagger einführen sah sich die Bevölkerung von La Puya gezwungen, den Eingang mit einem Camp zu blockieren.

Weil Yolanda Oquellí ihre Stimme gegen gesetzeswidrigen Bergbau erhebt, ist sie überfallen worden. In ihrem Rücken befindet sich heute noch eine Kugel.



nalisieren. Wenn hier in unseren Gemeinden etwas passiert, dann ist die Regierung mitverantwortlich.“

Gibt es auch soziale Konflikte in den Gebieten, in denen Bergbau betrieben wird?

Offensichtlich belastet die Konfliktlage das soziale Zusammenleben und das soziale Miteinander enorm und führt zur Spaltung innerhalb der Bevölkerung. Der Einzug der Bergbau-Unternehmen in die Gebiete bricht den sozialen Frieden.

Gibt es Wechselwirkungen von Bergbauprojekten und ethnischer Ungerechtigkeit in Guatemala?

Die Bergbauprojekte sind vielfach in Regionen, in denen die indigene Bevölkerung wohnt, die meist arm ist. Die Maya werden diskriminiert und nicht gleich behandelt. Des-

sen ungeachtet haben wir gezeigt, dass wir in der Lage sind, Debatten zu fordern und Dinge in Frage zu stellen.

Gibt es Aussichten darauf, dass die Regierung die soziale Konfliktlage entschärft und euch mehr Bürgerbeteiligung einräumt?

Weder die Regierung noch die Unternehmen wollen die Stimme der Bevölkerung zur Kenntnis nehmen. Sie unternehmen nichts, um die soziale Konfliktlage zu entschärfen. Man hat fast den gegenteiligen Eindruck: Sie beachten die Gesetze nicht und setzen sie nicht um. Kürzlich haben wir erreicht, dass eine Richterin einen Förderstopp über die Goldmine von La Puya verhängt hat. Das ist ein Schritt, aber nicht ausreichend, denn es wird weiter dort gearbeitet, unter dem Schutz der Sicherheitsdienste. “

Goldabbau nützt Maya nichts

Die CIR unterstützt das Maya-Frauen Netzwerk Tzununija in Guatemala. Tzununija steht den Frauen in La Puya bei, beteiligt sich am dortigen Widerstandscamp vor der Goldmine und zeigt Präsenz, wenn Gerichtsverfahren stattfinden. Die Verteidigung ihres Landes und der Umwelt ist ein grundlegender Bestandteil im Selbstverständnis der Maya-Frauen. Es geht um mehr Selbstbestimmung.

Und es geht darum, wer am Ende vom Goldabbau profitiert: Wie zu Kolonialzeiten bringt er

zwar dem Minenbetreiber Gewinn, aber der indigenen Landbevölkerung nichts als Umweltverschmutzung. Und das alles zu dem Zweck, dass sich wohlhabende Menschen in Industrieländern mit Gold schmücken können.

Die CIR bittet um Unterstützung für Tzununija im Kampf um ihr Land.

Stichwort »MAYAFRAUEN GEGEN GOLDBABAU«

Nicaragua

Starke Frauen und Männer gegen Machismo!



In Nicaragua herrscht der sogenannte „Machismo“. Frauen und Mädchen werden massiv diskriminiert und in der Ausübung ihrer Rechte behindert. Ein großes Problem ist genderspezifische Gewalt und die Gefahr für die psychische aber auch die sexuelle, reproduktive Gesundheit der Frauen und Mädchen.

Mit einem neuen Programm stärkt die CIR gemeinsam mit sieben Partnerorganisationen vor Ort insgesamt 13.000 Frauen und Jugendliche, indem sie über ihre Rechte auf-

klären und ihr Selbstbewusstsein stärken. Diese MultiplikatorInnen setzen sich dann öffentlich aktiv für ihre Belange ein und geben ihr Wissen an andere weiter.

Außerdem werden 125 Männer ein neues Männlichkeitsbild entwickeln und ein nicaraguanisches Netzwerk „neuer Maskulinität“ aufbauen, das zu einer Triebfeder gesellschaftlicher Veränderung werden kann.

Dieses vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit 500.000 Euro mitfinanzierte Programm überwindet die Unwissenheit und problematischen Haltungen in der nicaraguanischen Gesellschaft und betreibt dafür eine intensive Öffentlichkeitsarbeit.

Bitte helfen Sie uns durch Ihre Spende, den Eigenanteil von 78.000 EUR für das Projekt aufzubringen.

Stichwort »NICARAGUA GEGEN MACHISMO«

Grundsätze unserer Projektarbeit

Mit Ihrer Spende kann die Christliche Initiative Romero e.V. ProjektpartnerInnen unterstützen, die sich einsetzen für

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- die Ökologie
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung indigener Bevölkerung

El Salvador

Biolandwirtschaft: günstiger und gesünder

Viele KleinbäuerInnen in El Salvador verfügen über zu wenig und nur minderwertiges Ackerland. Die klimatischen Veränderungen treffen sie besonders hart: Dieses Jahr führt eine extreme Dürre zu großen Ernteaufschlägen. ANTA, die Vereinigung der LandarbeiterInnen El Salvadors, organisiert fünf Modellgemeinden. In jeder Gemeinde wird eine biologische Modell-Parzelle eingerichtet, wo die Vermeidung von Agrarchemikalien praktiziert und erklärt wird. Dies schützt Mensch und Umwelt – und spart Geld, das für teures Industrie-Saatgut und Chemiedünger ausgegeben werden würde. Stattdessen wird eine Samenbank aufgebaut, wo die BäuerInnen traditionelle Sorten zur Aussaat erhalten können. Die CIR hat ANTA 5.000 Euro zugesagt.

Hierfür bitten wir um Ihre Unterstützung.



Die engagierten Frauen von AFEDES mit Kirsten Clodius (CIR, 3.v.l.)

Stichwort »ANTA«

Guatemala

„Wir sind stolz“

Maya-Frauen werden in Guatemala aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit besonders ungleich behandelt. Milvian Aspar von AFEDES sagt: „Wir sind stolz auf das, was wir erreicht haben. In den Maya-kakchiquel Gemeinden bei uns führen wir zwei Projekte durch: Eines trägt dazu bei, dass die Ernährung gesichert ist, und eines stärkt die Partizipation der Maya-Frauen in politischen Entscheidungsgremien. Wir sind froh, dass wir dabei auf die Unterstützung der Welt-Gebetstag-Frauen und der CIR zählen können.“ AFEDES ist mit 700 Mitgliedern

eine wichtige Einflussgröße für die Maya-Frauen in Santiago Sacatepequez.

Für das Empowerment der AFEDES-Frauen bitten wir um Ihre Spende.

Stichwort »MAYA-FRAUEN STÄRKEN«

IHRE
SPENDE
HILFT

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Gemeinsam mit unseren ProjektpartnerInnen sind wir für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder verantwortlich. Um unseren PartnerInnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, des Weltgebetstags der Frauen oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), des Katholischen Fonds und des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

SPENDENKONTO

Bitte unterstützen Sie unsere PartnerInnen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
Konto 3 11 22 00
BLZ 400 602 65
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM



Vier Wochen nach ihrer Ermordung gedenken ihre FreundInnen und die LGBT*-Gemeinde der TransAktivistin Angy Ferreira in einer Trauerfeier.

Honduras

„Dem Staat ist unser Leben völlig egal“

Gewalt gegen Lesben, Schwule, bisexuelle und Trans Menschen (LGBT*) ist Alltag in Honduras, aber die seit 2009 erstarkte Gemeinschaft will sich nicht länger unterdrücken lassen. TEXT: ANDREA LAMMERS*

Die LGBT*-Gemeinde in Honduras trauert um ihre Aktivistin Angy Ferreira (26 Jahre). Angy, die Koordinatorin der TransFrauen-Gruppe Muñecas de Arcoíris, wurde in der Nacht vom 25. auf den 26. Juni 2015 aus einer Gruppe von vier Männern heraus ermordet. Nach Aussagen von TransFrauen, die zusammen mit Angy zu Fuß unterwegs waren, fuhren die Männer in einem dunklen Lieferwagen vor, entsicherten ihre Waffen und schossen ohne einen Wortwechsel direkt auf Angy. Ihre Begleiterinnen flüchteten vom Tatort, einer Straße in der Stadt Comayagüela, an das nahegelegene, unbeleuchtete Ufer des Flusses

Choluteca. Nachdem der Lieferwagen verschwunden war, kamen sie zurück und versuchten, Angy, die nach ihnen rief, zu helfen. Inzwischen war eine Polizeistreife vorgefahren. Sie ließ die Frauen nicht durch und unternahm selbst nichts, um Angy erste Hilfe zu leisten, so die AugenzeugInnen.

Wachsende Gewalt gegen TransFrauen

Die Asociación Arcoíris (Verein Regenbogen) setzt sich seit 2003 für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender/ Transsexuellen (LGBT*) in Honduras ein. Die

stellvertretende Leiterin der Organisation, Esdra Yaveth Sosa Sierra, musste bereits im März nach einer Serie von Todesdrohungen und versuchten Übergriffen vorübergehend das Land verlassen. Am 18. Mai, einen Tag nach den öffentlichen Aktionen der LGBT*-Gemeinde zum Internationalen Tag gegen Homo- und Transphobie (IDAHOT), wurde die Transfrau Rubí Ferreira, ebenfalls Aktivistin bei der TransFrauen-Gruppe Muñecas de Arcoíris, von Unbekannten schwer verletzt. Eine Augenzeugin des Mordes an Angy war nach der Tat mehrere Tage lang verschwunden. Schließlich stellte sich heraus, dass sie am Tag nach dem Mord ebenfalls von Unbekannten krankenhaushausreif geschlagen worden war.

Arcoíris fordert die Aufklärung der Hassverbrechen und politischen Morde an Angy und den weiteren Mitgliedern der honduranischen LGBT*-Gemeinde, sowie die Verurteilung der Täter. Die Spezialeinheit, die in solchen Fällen ermitteln sollte, müsse dringend verstärkt und zu raschem Handeln angehalten werden. Zudem müssten endlich effektive und mit den Betroffenen abgestimmte Schutzmaßnahmen für die LGBT*-Gemeinde und ihre MenschenrechtsverteidigerInnen ergriffen werden.

Untätige Komplizenschaft des Staates

Der Leiter von Arcoíris, Donny Reyes, vergleicht: „Während man in den USA die Einführung der Homoehe als großen Sieg feiert, geht es bei uns für Schwule, Lesben und Trans-Personen darum, unser Leben zu schützen. In Honduras werden Führungspersonen und Mitglieder von LGBT*-Organisationen in aller Öffentlichkeit umgebracht – mit der Duldung der Sicherheitskräfte eines Staates, dem unser Leben vollkommen egal ist.“

In Deutschland gab es zahlreiche Solidaritätsaktionen zugunsten von Arcoíris. Nach einer Serie von Protestmails teilte das von General a.D. Julián Pacheco geführte hondura-

nische Ministerium für Sicherheit am 24. Juli den AbsenderInnen schriftlich mit: „Um die nötigen Ermittlungen ist ersucht worden. Die Gruppe Arcoíris hat bereits Wachen in ihrem Büro und eine Verstärkung der Patrouillen wurde angefordert.“

Arcoíris hat bis dato nichts von zusätzlichen Schutzmaßnahmen gespürt. Seit 2010 ist eine Person zum persönlichen Schutz von Donny Reyes abgestellt, allerdings auf Anordnung der



Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH). Anfängliche Polizeipatrouillen sind im August 2014 komplett eingestellt und seither nicht wieder aufgenommen worden. Stattdessen gehen Drohungen und Einschüchterungsversuche weiter – auch seitens der Polizei. Donny Reyes nennt nur ein Beispiel von vielen: „Am 1. August fuhrn mein Freund und ich nachts gegen ein Uhr im Taxi von einer Feier im Büro nach Hause. Am Beginn der Chile-Brücke wurden wir von einer Polizeistreife auf auffällige Weise überholt und wenige Minuten später an einer stockfinsternen Stelle angehalten. Die Polizisten beschimpften und bedrohten uns. Wir hatten eine Wahnsinnsangst, denn dieser Ort ist bekannt dafür, dass dort oft Leichen von Ermordeten auftauchen.“

Zum Mord an Angy Ferreira hat Arcoíris selbst bis dato keinerlei offizielle Information >

erhalten. Informelle Gespräche mit einzelnen Ermittlern ergaben, dass der Fall „kompliziert“ sei, denn die Überwachungskameras am Tatort hätten nicht funktioniert. Außerdem werde polizeiintern eine (haarsträubende) Hypothese diskutiert: Bei dem Mord handle es sich

um einen Racheakt: Angy habe an diesem Abend „möglicherweise“ im Parque del Obelisco (etwa fünf Straßen vom Tatort entfernt) einen Raubüberfall begangen. Deshalb sei die Polizei auch so schnell am Tatort gewesen, so die zynische Behauptung eines Beamten.



CDM macht auf „Feminicidios“ (Morde an Frauen) aufmerksam

Starke Frauen gegen Gewalt

Die Gewalttaten an TransFrauen, wie der Mord an Angy Ferreira, sind in der weiblichen Bevölkerung von Honduras keine Ausnahmen. Das Centro de Derechos de Mujeres (Zentrum für Frauenrechte) setzt sich für ein angst- und gewaltfreies Leben von Frauen ein. Gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützen wir CDM bei der Ausbildung von weit über hundert Menschenrechts-VerteidigerInnen in der Region Santa Bárbara. Darüber hinaus werden Frauen-Themen auf die öffentliche Agenda gesetzt und die Bevölkerung zum Beispiel durch Radiospots für die Diskriminierung sensibilisiert.

Für die Durchführung dieses Projekts sind wir und das CDM auf Ihre Unterstützung angewiesen und bitten um Ihre Spende.

Stichwort »CDM HONDURAS«

Politisch engagierte LGBT* sind Dorn im Auge

Seit dem Staatsstreich in Honduras 2009 sind 198 Angehörige der LGBT*-Gemeinde Opfer von Hassverbrechen geworden, so die offizielle Statistik der Staatsanwaltschaft. Dabei werden diese Verbrechen nur sehr selten strafrechtlich verfolgt. Im Gegenteil: LGBT* selbst werden zur Zielscheibe willkürlicher Verhaftungen, sowie von Polizeigewalt, Mordanschlägen, Drohungen und Überfällen aller Art.

BeobachterInnen sehen die aktuelle Repression gegen die LGBT*-Organisationen auch im Zusammenhang mit der in den letzten Monaten eskalierenden politischen Krise in Honduras. Das unabhängige Internetportal „pasosdeanimalgrande“ weist darauf hin, dass der Mord an Angy an die Situation nach dem zivil-militärischen Putsch 2009 erinnere, als die LGBT*-Bewegung sich konstituierte und öffentlich sichtbarer Teil des zivilgesellschaftlichen Widerstandes gegen den Staatsstreich wurde. Auch heute, wo tausende empörte BürgerInnen Woche für Woche wegen eines enormen Korruptionsskandals protestieren, in den die Regierung Juan Orlando Hernández verwickelt ist, sind LGBT*-Gruppen ein aktiver und sichtbarer Teil dieser Protestbewegung. Donny Reyes erklärt es sich so: „Ich denke, dass dieser neuerliche Mord das Ziel hat, uns einzuschüchtern und die Gemeinschaft zu demobilisieren, aber wir werden nicht zulassen, dass die Angst uns überwältigt.“

Andrea Lammers ist Referentin für Honduras und El Salvador im Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. in München. Sie steht in regem Kontakt mit der Asociación Arcoiris.



El Salvador

Kleidung Made in Salvador

Ende Juni reiste der Arbeitsrechtsexperte Sergio Chávez eine Woche durch Deutschland und berichtete von den Zuständen in den Weltmarktfabriken großer Textilkonzerne in seiner Heimat El Salvador. Im Gespräch mit der CIR resümiert er seine Begegnungen mit dem Publikum und beantwortet die Frage, die ihm auf seiner Reise am häufigsten gestellt wurde.

INTERVIEW: CANAN BARSKI, ÜBERSETZUNG: LISA STROETMANN (BEIDE CIR)

Vor welchen Problemen und Herausforderungen stehen die ArbeiterInnen aktuell in den Maquilas (Fabriken) El Salvadors?

Die ArbeiterInnen der Maquilas erhalten Löhne, die unterhalb der Armutsgrenze liegen. Es ist eine enorme Herausforderung, mit 210,90 US-Dollar dem Teufelskreis der Armut zu entkommen.

In manchen Fällen werden sogenannte Produktionsboni gezahlt. Aber die liegen gerade mal bei 3-4 US-Dollar pro Tag. Die ArbeiterInnen erlauben sich dann keine Mittagspause

und kommen morgens noch früher zur Arbeit, um möglichst viel zu schaffen. Aber auch mit den Boni kommen sie nicht über die Armuts-grenze.

Oft kämpfen die ArbeiterInnen mit Gesundheitsproblemen. In den Fabriken gibt es meistens „Betriebskrankenhäuser“. So gehen die ArbeiterInnen nicht in die staatlichen Krankenhäuser, die über eine Sozialversicherung bezahlt würden und eine komplette Behandlung ermöglichen. In den Betriebskrankenhäusern gibt es meistens nur Medikamente, die die Schmerzen betäuben.



Auf seiner Deutschlandreise spürte Sergio Chávez den „Geist der Solidarität“.

Außerdem fehlen Kindergärten. Die Verfassung garantiert eigentlich das Recht auf Kinderbetreuung. In der Realität müssen die ArbeiterInnen zusätzlich jemanden bezahlen, der sich um ihre Kinder kümmert. Wünschenswert wären kostenlose Kindergärten in den Gemeinden. Das sind die Probleme, die ich im Moment als die wichtigsten erachte.

Wie können die ArbeiterInnen mit dem Gehalt von 210,90 US-Dollar ihre Familie versorgen?

Oft nehmen die ArbeiterInnen zusätzlich einen Kredit auf. Das bedeutet aber, dass vom Gehalt erst einmal ein Teil in die Tilgung der Schulden des letzten Monats geht. Das jährliche Urlaubs- und Weihnachtsgeld wird sehr dringend benötigt und meistens für Schuhe oder Schulsachen für die Kinder ausgegeben.

Die ArbeiterInnen haben einen sehr geringen Lebensstandard. Es gibt Bohnen, Reis, Käse und Obst. Hier ist es vielleicht eine Mode oder ein Luxus, VegetarierIn zu sein. Dort aber gibt es keine Wahl. Die Menschen können sich keine anderen Lebensmittel, wie etwa Milch für die Kinder oder Fleisch leisten – Dinge, die hier normal sind. Sie haben auch nicht die Möglichkeit, ein eigenes Haus oder eine Wohnung zu beziehen, sondern müssen bei ihren Eltern leben oder ein Zimmer mieten.

Elektro-Technik wie Fotoapparate, Fernseher oder Computer sind außer Reichweite. Auch Internet können sie sich zu Hause nicht leisten.

Theoretisch könnten Gewerkschaften die Situation der ArbeiterInnen doch verbessern. Wie gestaltet sich da die aktuelle Situation in El Salvador?

Das Arbeitsrecht in El Salvador ist nicht gerade vorteilhaft für die Gründung von Gewerkschaften. Zum Beispiel ist es gesetzlich erlaubt, dass ein Unternehmen mehrere Gewerkschaften hat. So werden die Fabriken häufig zu Kampfplätzen von Gewerkschaften unterschiedlicher Ideologien und politischen Interessen. Manche Gewerkschaften werden auch von den ArbeitgeberInnen gelenkt und verhindern, dass das Organisationsniveau zunimmt. Für kollektive Tarifverhandlungen müssen mindestens die Hälfte der ArbeiterInnen einer Fabrik Mitglieder in einer Gewerkschaft sein. Das schwächt und spaltet die Organisationskraft der ArbeiterInnen sehr.

Was müsste sich als erstes ändern, um die aktuelle Situation zu verbessern?

Ich glaube, es müsste Veränderungen im Arbeitsministerium geben. Es muss überwachen, dass die Gesetze eingehalten werden. Und die sollten für alle Unternehmen gleichermaßen gelten. Das war bisher traditionsbedingt nicht so: Viele Unternehmen sehen sich als Außenstehende, die lediglich Arbeitsplätze schaffen und damit dem Land etwas Gutes tun.

Ebenso könnte es helfen, wenn ehrenamtliche VertreterInnen aus Gewerkschaften im Arbeitsministerium vertreten wären. Die Gesetze müssten geändert werden, sodass die ArbeiterInnen im Falle einer Fabrikschließung vernünftig entschädigt werden. Das ist aber vor allem etwas, das die ArbeiterInnen und ihre RepräsentantInnen entscheiden müssen. Auch ihre Organisationsstruktur ist es, die sich verändern muss, um die Situation zu verbessern.

Auf deiner Deutschlandreise wurdest du

immer wieder gefragt: Was können wir hier tun? Was ist deine Empfehlung für die KonsumentInnen? Ein Boykott bestimmter Marken?

Auf meiner Rundreise ist mir aufgefallen, dass es hier einen Trend zum fairen Handel und zum ethischen Konsum gibt. Das ist eine gute Sache. Aber ich glaube, die KonsumentInnen sollten noch mehr über die Seriosität und Transparenz der existierenden Zertifizierungen herausfinden. Der Gebrauch eines Siegels heißt nicht automatisch, dass gerechte Löhne gezahlt werden. Was nützen eine gute Arbeitsatmosphäre oder gute Sanitäreinrichtungen in der Fabrik, wenn dein eigenes Haus ein Schweinestall ist, ein sehr ärmliches Haus ohne ein richtiges Bad?

Ich glaube, es gibt schon seit Langem keine Organisation mehr, die einen Boykott befürwortet. Am Ende trifft es die ArbeiterInnen, statt ihnen zu helfen. Lokale Organisationen

sollten gemeinsam mit den ArbeiterInnen entscheiden, ob und wann ein Boykott sinnvoll ist.

Ich möchte mich bei der CIR für die Möglichkeit bedanken, hierher kommen und berichten zu dürfen. Solche Reisen sind auch für mich sehr lehrreich und interessant. Diesmal war das Publikum sehr unterschiedlich. Das war bereichernd. Die Unterstützung der Begleiterin, der Übersetzerin und der anderen Menschen war von unschätzbarem Wert – auch die Gastfreundschaft der Personen, die mich beherbergt haben. Es zeigt, dass es immer noch einen Geist der Solidarität in Deutschland gibt. Diesen Geist sollten wir nicht verlieren, wir sollten uns von ihm weiter stärken lassen. Ich möchte auch die CIR für ihre gute Arbeit beglückwünschen. Vor allem bei meinen Treffen mit jungen Menschen aus vier verschiedenen Ländern war die Arbeit der CIR sehr gut sichtbar (Seite 30).



Solidarität mit den Maquila-ArbeiterInnen

Die CIR unterstützt Frauenorganisationen und Gewerkschaften in Mittelamerika in ihrem Engagement für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen in den Weltmarktfabriken. Diese bilden PromotorInnen für Arbeits- und Menschenrechte aus, die den NäherInnen in den Betrieben mit Rat und Tat zur Seite stehen. Dank des Maquila-Solidaritätsfonds kann die CIR ihren PartnerInnen für die Überbrückung des Lohnausfalls bei Streiks und Entlassungen Geld zur Verfügung stellen.

FOTO: MAIK PFLAUM (CIR)



Diese ArbeiterInnen wurden entlassen, weil sie eine Gewerkschaft gründeten.

Bitte unterstützen Sie die NäherInnen in den Weltmarktfabriken mit Ihrer Spende.

Stichwort
» MAQUILA-SOLIFONDS «

Guatemala

Guatemalas blutiges Erbe

Die Militärdiktatur in Guatemala hat Anfang der 1980er Jahre ganze Dörfer ausgelöscht. Diese Verbrechen werden allmählich aufgearbeitet – trotz großer Widerstände.

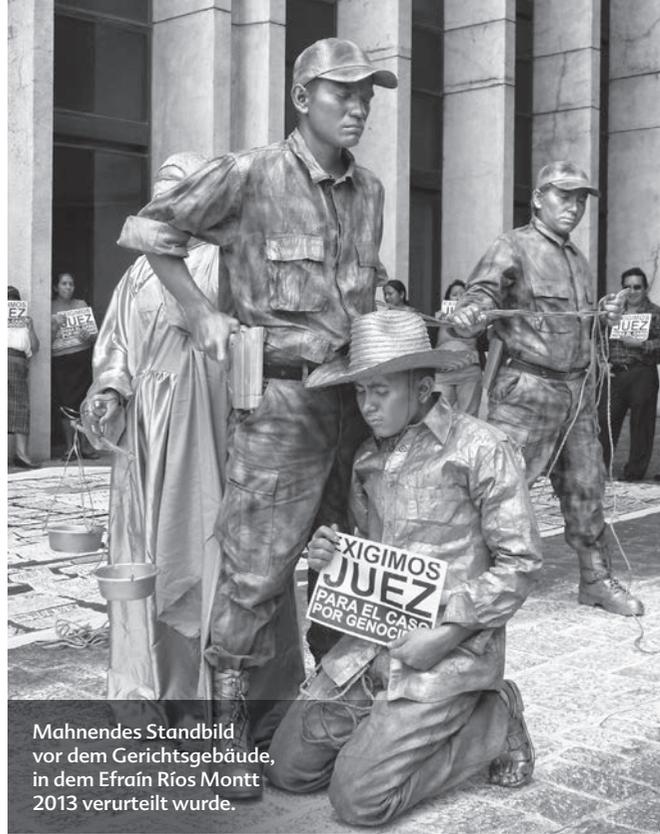
TEXT: MARKUS PLATE

Vor 35 Jahren war Ada Melgars Vater gerade auf dem Weg zur Universität, als ihn eine Todesschwadron niederstreckte. „Ich hätte nie gedacht, dass ihm etwas passieren könnte, er hatte doch nur seine Bücher“, sagt Ada, die heutige Mitfünfzigerin, mit brüchiger Stimme. Sie ringt mit den Tränen. Es war der schwarze März 1980, viele VertreterInnen aus den Gewerkschaften, Wissenschaft und Kunst waren bereits verhaftet, verschwunden oder ermordet worden.

Guatemalas Geschichte der Gewalt

Vor allem unter General Efraín Ríos Montt erreicht der Krieg seit 1982 die Dimension eines Völkermordes. Armee und paramilitärische Milizen ermorden die BewohnerInnen hunderter Indígena-Dörfer, fast täglich tauchten in den Straßen der Städte die Leichen von RegimegegnerInnen auf.

Für unzählige Massaker an den Maya soll sich Ríos Montt dieses Jahr erneut vor Gericht verantworten. Bereits im Mai 2013 war der Ex-General unter großem Jubel der Überlebenden wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu insgesamt 80 Jahren Haft verurteilt worden. Doch nur wenige Tage



Mahnendes Standbild vor dem Gerichtsgebäude, in dem Efraín Ríos Montt 2013 verurteilt wurde.

später kassierte das Verfassungsgericht das Urteil wegen angeblicher Verfahrensfehler.

Aufarbeitung der Kriegsgräuel

Dennoch hat die juristische Aufbereitung der blutigen Vergangenheit in jüngster Zeit Fortschritte gemacht. 2009 wurde mit dem ehemaligen Paramilitär Felipe Cusanero zum ersten Mal ein Verantwortlicher für das Verschwindenlassen von Zivilisten verurteilt. Auch eines der wenigen Verbrechen, die im Ausland wahrgenommen wurden, ist inzwischen gerichtlich aufgearbeitet: Am 31. Januar 1980 hatten 30 Bauern aus der Provinz Quiché die spanische Botschaft besetzt, um gegen die Übergriffe der Armee zu protestieren. Doch zu Verhandlungen kam es nicht. Die guatemaltekkische Nationalpolizei brannte die Botschaft nieder. 37 Menschen starben, darunter der Vater von Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú. Spanien beendete die diplomatischen Beziehungen zu Guatemala, sonst blieb der Übergriff lange folgenlos. 35 Jahre später, am 20. Januar 2015, wurde der

Einsatzleiter der damaligen Nationalpolizei, Pedro García Arredondo, zu lebenslanger Haft verurteilt.

Für Francisco Soto, der als Leiter des Menschenrechtszentrums CALDH (Centro Para la Acción Legal en Derechos Humanos) den Prozess gegen Ríos Montt maßgeblich vorangetrieben hat, ist die gerichtliche Aufarbeitung dieser Jahrzehnte zurückliegenden Verbrechen unabdingbar für die Zukunft Guatemalas. „Eine erneute Verurteilung Ríos Montts wäre eine Warnung an die junge Generation von Offizieren, dass sie zur Verantwortung gezogen werden, sollten sie jemals solche Verbrechen begehen“, meint er.

Immer noch die gleichen Muster

Die Erinnerung wachhalten, die Vergangenheit aufarbeiten – dieser Aufgabe stellt sich seit Anfang 2014 die „Casa de la Memoria“, das Haus der Geschichte. Die junge Museumsleiterin Aura Rodríguez erläutert, warum die Vergangenheit bis heute Aktualität besitzt: Indígenas werde noch immer in vielen Geschäften der Zutritt verwehrt, Jugendliche aus städtischen

Armenvierteln oder den Maya-Dörfern bekämen aufgrund ihres Wohnortes keinen Job. Sexuelle Gewalt gegen Frauen laufe noch immer nach demselben Muster ab: Die Schilдерungen von Frauen, deren Gemeinden vor 30 Jahren von der Armee angegriffen wurden, und die Aussagen heutiger Opfer ähnelten sich auf erschreckende Weise.

Doch die Bevölkerung wehrt sich zunehmend: Nach einem Korruptionsskandal, der sich bis weit in die Regierung hineinzog, erlebte Guatemala in den vergangenen Monaten die größten Demonstrationen seit dem Friedensabkommen 1996. Ada Melgar und ihre Familie haben mitdemonstriert. Sie bleiben engagiert für ein besseres Guatemala, das seine Vergangenheit aufarbeitet und in dem die Zivilgesellschaft den Mächtigen auf die Finger schaut. Und sie hofft, dass eines Tages auch die Mörder ihres Vaters vor Gericht gestellt werden. ■



Marylena Bustamante will Gerechtigkeit für ihren Bruder, Opfer der Montt-Diktatur.

Markus Plate veröffentlicht seit mehr als zehn Jahren Reportagen und Radiobeiträge zu Lateinamerika. Zurzeit arbeitet er für Brot für die Welt in Costa Rica. In ungekürzter Fassung ist der Artikel erschienen in welt-sichten, Heft 7-2015 (www.welt-sichten.org).

Verbrechen nicht vergessen

Die Organisation CALDH will mit der „Casa De Memoria“ (Haus der Geschichte), die Erinnerung an den guatemalteckischen Bürgerkrieg wachhalten: In dem schön restaurierten Gebäude gruppieren sich um den großen Innenhof die Ausstellungsräume. Albrecht Schwarzkopf (CIR) kennt die Ausstellung: „Sie besticht dadurch, dass sie einen nicht „erschlägt“, aber trotzdem klar bezeugt, dass die Leidtragenden des Bürgerkrieges großen Teils Mayas waren.“ Die Ausstellung porträtiert viele der tausenden Opfer sowie den Kampf der Hinterbliebenen um Gerechtigkeit, auf dass sie vor allem bei der Jugend des Landes nicht in Vergessenheit geraten.

Bitte unterstützen sie CALDH, damit die Organisation das Projekt „Casa De Memoria“ im laufenden Jahr fortführen kann.

Stichwort »MENSCHENRECHTSMUSEUM CALDH«



Bündnis für nachhaltige Textilien

Der Steuerungskreis des Textilbündnisses von Bundesminister Gerd Müller (4.v.l.) mit VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft (u.a. Maik Pflaum, CIR, 3.v.l.)



Bündnis für nachhaltige Textilien:

Fit & fair oder Mogelpackung?

Acht Monate ließen die großen Kleidermarken Entwicklungsminister Müller und das von ihm initiierte Bündnis für nachhaltige Textilien zappeln. Im Juni dann traten die großen Unternehmen und ihre Verbände geschlossen bei. Aber zu welchem Preis?

TEXT: MAIK PFLAUM, KIRSTEN CLODIUS (BEIDE CIR)

Am 16. Oktober 2014 gründete sich das von Entwicklungsminister Gerd Müller initiierte Textilbündnis. Die CIR gehört zu den Gründungsmitgliedern und hat mit weiteren Mitgliedern der Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) dafür gesorgt, dass wichtige Forderungen wie Löhne, die die Grundbedürfnisse der ArbeiterInnen decken, im Aktionsplan verankert werden. Entgegen dem Appell der CCC für eine verpflichtende, gesetzliche Regelung für alle Unternehmen, bestand Minister Müller auf ein Bündnis auf freiwilliger Basis. Prompt verweigerten die wichtigen Akteure der Bekleidungsbranche – von Adidas über Tchibo bis Otto – den Beitritt und ließen Müllers Initiative vor die Wand fahren.

Verbindliche Kriterien raus, Konzerne rein

Monatelang wurde dann hitzig hinter den Kulissen verhandelt. Ein Bündnis ohne die großen Akteure aus der Industrie machte keinen Sinn. Auf Wunsch der Textil-Verbände wurde der Aktionsplan überarbeitet: Die Ziele selbst wurden zwar nicht in Frage gestellt, dafür aber die verbindlichen Beitrittskriterien und der Zeitplan gestrichen, der eine Umsetzung der Ziele bis 2020 vorgesehen hatte.

Diese Änderungen feierte der Modeverband Deutschland „German Fashion“ als großen Erfolg. In seinem Rundbrief 4-2015 schreibt er an seine Mitglieder: „Es gibt nun keine Ver-

bindlichkeit mehr und alle problematischen Ziele werden einvernehmlich als verhandelbar und anpassbar gesehen. Darüber hinaus ist es uns gelungen, für alle Beschlüsse das Einstimmigkeits-Prinzip zu verankern, so dass nichts gegen die Interessen der Wirtschaft beschlossen werden kann.“ (...) „Eine Teilnahme am Bündnis bleibt für die Unternehmen selbstverständlich freiwillig. Eine Mitgliedschaft hat allerdings den Vorteil, dass damit geworben werden kann und dass man sich quasi unter einen Schutzschirm der Bundesregierung beibt.“

Dann, im Juni, traten die großen Verbände und Unternehmen endlich bei. Inzwischen sind es über 140 Mitglieder, darunter Adidas, Aldi, C&A, H&M, KiK, Lidl, Puma und Tchibo. Der überarbeitete Aktionsplan konzentriert sich auf den Weg, weniger auf das Ziel. Eine unabhängige Stelle unter Aufsicht des Steuerungskreises soll die Fortschritte der Mitglieder prüfen und der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Mehr Worte als Taten?

Wie die ersten konkreten Schritte aussehen werden, wie groß die Transparenz der Unternehmen und wie aussagekräftig deren Überprüfung sein wird, das entwickeln nun die Arbeitsgruppen. Die CIR wurde von den Bündnismitgliedern aus der Zivilgesellschaft in den neuen Steuerungskreis gewählt, der am 12. August die Arbeit aufnahm, und beteiligt sich weiterhin engagiert an der Ausgestaltung. Es gilt, schnell konkrete Vereinbarungen zu treffen; das Textilbündnis darf nicht zu einem Forum für Sonntagsreden verkommen.

Fazit

Die CIR und die anderen Mitglieder der CCC werden in den nächsten Monaten sehr kritisch verfolgt, ob das Textilbündnis die dringend gebotene Verbindlichkeit an den Tag legt. Tut es das nicht, bleibt uns nur der Austritt aus dem Bündnis. Das monatelange Taktieren und

Hinhalten seitens der Industrie unterstreicht einmal mehr die Notwendigkeit klarer, gesetzlicher Regulierungen. Vor dieser Erkenntnis sollte auch die aktuelle Regierungskoalition ihre Augen nicht verschließen. ■

Mehr zum Textilbündnis unter:
www.textilbuendnis.com.

Wir berichten über die neusten Entwicklungen unter:
www.ci-romero.de/textilbuendnis.



Für Arbeit in Würde

Die alltäglichen Arbeitsbedingungen in der weltweiten Textil- und Bekleidungsindustrie sind erschreckend. NäherInnen schufteten für Hungerlöhne und werden aus der Not heraus zu Überstunden gezwungen – häufig sogar unbezahlt. Mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften klagen sie menschenwürdige Arbeitsbedingungen ein. Die Christliche Initiative Romero unterstützt die mutigen ArbeiterInnen in ihrem Engagement vor Ort. In Deutschland setzt sich die CIR – zum Beispiel durch die Mitarbeit im Textilbündnis – für mehr Unternehmensverantwortung und kritischen Konsum ein. Gemeinsam mit unseren SüdpartnerInnen und UnterstützerInnen bieten wir den Unternehmen Paroli.

Bitte unterstützen Sie unseren
Einsatz für Arbeit in Würde!

Stichwort »ARBEIT IN WÜRDE«



Zusammen für eine Welt im Gleichgewicht

Europäischer Jugendgipfel für Ethischen Konsum in Bonn

Unter dem Motto „Zusammen für eine Welt im Gleichgewicht“ sind vom 19.-21. Juni knapp 100 junge Menschen aus Malta, Polen, Österreich und Deutschland zusammengekommen, und zwar auf Einladung des EU-geförderten Projekts „I shop fair“ (Ich kaufe fair). TEXT: DANIEL KIM HÜGEL (CIR)

Wie können wir jungen Menschen Einfluss auf Politik und Gesellschaft zu Themen des ethischen Konsums nehmen?“, wollten die engagierten Jugendlichen auf dem offenen Dialogforum des Jugendgipfels wissen – und zwar vom Arbeitsrechtsexperten Sergio Chávez aus El Salvador und Arnold Cassola, ehemaliger Generalsekretär der Europäischen Grünen aus Malta.

Die Antwort des Salvadorianers Sergio Chávez: „Die Arbeit und das Engagement zu ethischem und reduziertem Konsum und Recycling ist sehr wichtig. Aber die europäische Öffentlichkeit und Gesellschaft sollte sich auch an die multinationalen Firmen wenden, die in Zentralamerika oder in anderen Teilen der Welt unter ausbeuterischen Bedingungen produzieren lassen“ (mehr auf Seite 23).

Forderungen an die Politik

Danach griffen die knapp 100 TeilnehmerInnen in Workshops verschiedene Aspekte ethischen Konsums auf: Ganz praktisch lernten sie, eine erfolgreiche Aktion oder Kampagne zu planen oder drehten ein Video über Kleidungskonsum.

Der Workshop „Politische Forderungen“ mit dem CIR-Referenten Daniel Kim Hügel

griff die Ratschläge aus dem Dialogforum auf und die TeilnehmerInnen entwickelten eigene politische Forderungen: Mehr Transparenz in Produktionsprozessen! Soziale und ökologische Standards bei Importprodukten! Mehr finanzielle Unterstützung für die Bildung zum Thema Nachhaltigkeit! waren einige davon. Ziel war es, zu vermitteln, dass die Jugend-

*„Im Urban Gardening Workshop haben wir gelernt, wie man aus dem grünen Blätterstrunk der Ananas seine eigene Ananaspflanze wachsen lassen kann und wie wir durch „Saatbomben“ unsere Wohnumgebung bunter gestalten können. Mit einfachen Mitteln so Tolles erreichen – einfach super!“
(Sharon, 28)*

lichen nicht nur ihr eigenes Konsumverhalten ändern, sondern auch Druck auf Politik und Institutionen ausüben müssen, um die Rahmenbedingungen zu verändern.

Verleihung der „Best Practice Awards“

Am Samstagabend wurden die „Best Practice Awards“ im Rahmen des Europäischen Best

“Wir hatten eine super Zeit, haben viele inspirierende Projekte kennengelernt und hatten sehr viel Spaß!”

Leoni, Preisträgerin von RESTLOS
GLÜCKLICH –dem Restaurant gegen
Lebensmittelverschwendung)

Practice Wettbewerbs für Ethischen Konsum verliehen. Insgesamt 88 Projekte hatten jungen Menschen aus ganz Europa bis April 2015 eingereicht, darunter Schulen, Jugendgruppen, Kindergärten, Studierende und Universitäten. Die 19 von der internationalen Jury ausgewählten SiegerInnen-Projekte in den drei Kategorien Öffentliche Aktion, Konsumalternativen und Konsumstrukturwandel wurden unter großem Beifall gekürt und mit Fördergeldern von insgesamt 10.000 Euro ausgezeichnet.

Straßenaktion vor dem Bonner Schloss

Am Sonntagmorgen fand die öffentliche Aktion statt, die am Vortag in einem der Workshops geplant worden war: Viele bunte Kreiden, Täfelchen und jede Menge wilde Kreativität verschönerten den Park am Bonner Schloss mit Botschaften wie: „One world“, „reduce, reuse, recycle“, „sozial-ökologische Kleiderkultur“ oder „make fashion fair“. Auch neugierige PassantInnen gaben ihre Statements ab.

Ansteckendes Engagement

Das spannende und abwechslungsreiche Programm des Jugendgipfels ließ die jungen Menschen richtiggehend teilhaben: Sie selbst sind es, die mit ihren Projekten, Initiativen, Ideen und ihrem Engagement unsere Welt ein Stück gerechter gestalten. Man spürte die positive Energie und ihren Einsatz. Es ist ermutigend und ansteckend zu sehen, welch große Vielfalt von Menschen den Willen hat, die Welt (wieder?) ins Gleichgewicht zu bringen. ■



Engagiert: Alle TeilnehmerInnen des Europäischen Jugendgipfels für Ethischen Konsum



Kreativ: Vor dem Schloss verließen die Jugendlichen ihren Forderungen farbenfrohen Ausdruck...



Gut gelaunt: ...und hatten dabei jede Menge Spaß.

Die besten Beispiele des Gipfels

Ein Restaurant ohne Reste, eine Woche ganz ohne Müll, eine Nähküche und 16 weitere Projekte junger Menschen wurden auf dem Jugendgipfel mit dem „Best Practice Award“ ausgezeichnet. Diese Infobroschüre (englisch)

stellt all die inspirierenden Gewinnerprojekte vor. Sie können sie auf Seite 35 bestellen.



Finanzbericht 2014

Die Christliche Initiative Romero in Zahlen



Mit 482.733 Euro Spenden verbuchte die CIR 2014 ein gutes und im Vergleich zum Vorjahr ein etwa gleichbleibendes Spendenergebnis. Im Gesamtergebnis gibt es eine Rücklage von 108.610 Euro. Diese Rücklage wird im Folgejahr als Eigenmittel für zwei große EU-Projekte und die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderten Auslandsprojekte benötigt.

Das gute Resultat in 2014 war auch Ausdruck der erfolgreichen Kampagnenarbeit. Für die CIR war die Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien das herausragende Ereignis, um auf Missstände bei den Arbeitsbedingungen der Lieferbetriebe der großen Sportartikel-Hersteller der Fußball-WM hinzuweisen. Ferner wurde im April zum Jahrestag des Fabrikeinsturzes des Rana-Plaza-Gebäudes in Bangladesch, bei dem mehr als tausend TextilarbeiterInnen starben, die Forderung der CIR nach

Entschädigungszahlungen an die Familien der Opfer bekräftigt. Die CIR begrüßte die Etablierung des Textilbündnisses des Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Gerd Müller, und nahm an den ersten Sitzungen des Steuerungskreises teil, in welchem ein Aktionsplan erarbeitet wurde.

Die Spenden beinhalten 61.200 Euro für Kampagnenarbeit sowie 21.000 Euro Zuwendungen der Romero-Stiftung für Projekte. Die Projektspenden wurden zur direkten Unterstützung unserer ProjektpartnerInnen in Mittelamerika und als eigener Anteil für Kofinanzierungen von größeren Projekten genutzt, wie dem erneuerten Programm „Keine Gewalt gegen Frauen“ in Nicaragua, das mit 153.000 Euro vom BMZ gefördert wurde. Zudem hat die CIR zusätzliche Fördermittel des Weltgebetstags der Frauen (WGT) erhalten. Von Bedeutung waren besonders 204.000 Euro vom BMZ für den Aufbau zweier integraler Schulungszentren für Frauen und Jugendliche in El Salvador. Von der Europäischen Union erhielt die CIR rund 504.000 Euro für Projekte der entwicklungspolitischen Bildungs- und Kampagnenarbeit zu den Themen „sozial-ökologische öffentliche Beschaffung“, „Arbeit in Würde/Sportbekleidung“ und „Nachhaltiger Konsum“, wovon 103.000 Euro an die englischen, österreichischen und osteuropäischen Partnerorganisationen weitergeleitet wurden.

Unterstützung der Partnerorganisationen

In Nicaragua unterstützte die CIR teils gemeinsam mit dem WGT ihre PartnerInnen, darunter viele Frauenorganisationen, mit 296.880 Euro. Neben 153.000 Euro (BMZ- und CIR-Eigenmittel) für das BMZ-Programm „Keine

Bilanz (Vermögen)		
AKTIV	31.12.13	31.12.14
1. Anlagevermögen	5.812	29.505
2. Warenbestand	21.987	17.479
3. Bankguthaben	537.472	678.496
4. Forderungen	15.400	20.356
Summe	580.672	745.835
PASSIV	31.12.13	31.12.14
1. Rücklagen	527.205	635.815
2. Rückstellungen	38.650	44.450
3. Verbindlichkeiten	14.816	28.275
4. Passive Rechnungsabgrenzung		37.295
Summe	580.672	745.835

Gewinn- und Verlustrechnung (Einnahmen und Ausgaben)		
ERTRÄGE	2013	2014
Spenden*	490.146	482.733
Zuwendungen Kampagnen- und Bildungsprojekte	638.836	652.222
Kofinanzierungen Auslandsprojekte	527.482	628.369
Verkauf Materialien	28.092	28.238
Sonstige Erträge	29.449	46.736
Summe	1.714.006	1.838.298

AUFWENDUNGEN		
Projektaufwendungen**	707.006	683.144
Projektbegleitung	31.331	35.496,20
Personalkosten	29.997	33.515
Sachkosten	1.334	1.981
Kampagnen- und Bildungsarbeit	682.345	788.858,32
Personalkosten	333.158	372.240
Sachkosten	349.187	416.618
Öffentlichkeitsarbeit und Werbung	83.664	107.730,73
Personalkosten	32.722	36.561
Sachkosten	50.942	71.170
Verwaltung	98.997	114.458,92
Personalkosten	61.884	69.143
Sachkosten	37.113	45.316
Summe	1.603.343	1.729.688
Ergebnis	110.662	108.610

*ANGABEN ZU SPENDEN		
Nicaragua	54.495	43.292
El Salvador	36.886	41.679
Guatemala	27.607	28.179
Honduras u. sonstige Länder	20.375	26.462
Öffentlichkeitsarbeit	56.762	61.259
ohne Angaben	294.022	281.863
Summe	490.146	482.733

**PROJEKTAUFWENDUNGEN		
Nicaragua	357.097	296.880
El Salvador	287.781	269.767
Guatemala	55.219	45.555
Honduras/ sonstige Länder	6.909	70.942
Summe	707.006	683.144

Gewalt gegen Frauen“ gingen 115.000 Euro an das BMZ-Gesundheitsprojekt Malpaisillo und 5.000 Euro zugunsten der Gemeindeförderung der kirchlichen Basisgemeinden von Teyocoyani. Des Weiteren wurde der Club Infantil für arbeitende Kinder gefördert. In El Salvador wurden mit 13.900 Euro vom WGT gemeinsame Frauenprojekte unterstützt. Mit 23.600 Euro förderte die CIR außerdem Umwelt- und Arbeitsrechtsprojekte für Näherinnen in Weltmarktfabriken. An die beiden Schulungszentren von Ormusa wurden 204.000 Euro ausbezahlt (BMZ-Zuwendung und Eigenmittel). Die Arbeit des Rechtshilfebüros Tutela Legal wurde mit 5.000 Euro, die Jugendarbeit mit 6.500 Euro und die kirchlichen Basisgemeinden mit 7.200 Euro unterstützt. In Guatemala wurden mit 45.500 Euro Landrechtsgruppen, indigene Organisationen und Frauenprojekte gefördert, darunter die Organisation ADEMI

Frauenorganisation CDM mit 60.700 Euro gefördert. Insgesamt konnten 2014 von der CIR 40 Partnerorganisationen in Mittelamerika unterstützt werden.

Im September 2014 wurde die inhaltliche und finanzielle Situation der CIR der CIR-Mitgliederversammlung dargestellt. Die Mitgliederversammlung entlastete den Vorstand.

DZI-Siegel bestätigt

Nach den Kriterien des Deutschen Zentralinstituts für Soziale Fragen (DZI) wurde die CIR in 2014 vom DZI geprüft und das DZI-Spendensiegel erneut bestätigt.

Dr. Thomas Bröcheler ist stellvertretender Vorsitzender der CIR und für die Erstellung des Finanzberichtes zuständig. Den ausführlichen Spendenbericht finden Sie unter ci-romero.de/cir_transparenz.



Willkommen im CIR-Team!

Über mangelnde Arbeit und Herausforderungen konnten wir im ersten Halbjahr 2015 nicht klagen. Die Sommerferien waren da eine gute und wichtige Verschnaufzeit. Und allmählich füllt sich im August und September das Büro wieder. Neben den von Reisen Zurückgekehrten begrüßen wir auch zwei neue Volontärinnen:



Laura Wolters wird im Berliner Team in der Kampagne SUPPLY CHA!NGE mitarbeiten, mit der wir von den großen Supermärkten fordern, die Lieferketten ihrer Eigenmarken sozialer und ökologischer zu gestalten. Laura hat nach ihrem Studium der Sozialen Arbeit in den letzten Monaten ein Praktikum beim Forum Fairer Handel gemacht. Nun wird sie für ein Jahr unser Team verstärken.

Stella Wendlandt hat im Bachelorstudengang in Eichstätt Lateinamerikastudien be-



trieben und anschließend in Augsburg einen Master in Sozialwissenschaftlicher Konfliktforschung erlangt. In den kommenden zwölf Monaten wird Stella schwerpunktmäßig in Münster für die Kampagne „Stop Mad Mining“ tätig sein, die die negativen sozialen und ökologischen Folgen des gegenwärtigen Rohstoff-Konsums in den Fokus nimmt.

Wir freuen uns auf ein spannendes Jahr und gute Zusammenarbeit mit Laura Wolters und Stella Wendlandt!

IN EIGENER SACHE

Unser Computer ist so programmiert, dass Spendenquittungen alle drei Monate ausgestellt werden. Sollten Sie 14 Tage nach Quartalsende trotzdem nichts von uns gehört haben, melden Sie sich bitte bei uns. Unsere Verwaltungsarbeit wird erleichtert, wenn Sie Ihren Namen, Ihre Anschrift und den Verwendungszweck Ihrer Spende deutlich angeben. Eine weitere Erleichterung ist die Ausstellung von Einzugsermächtigungen bei DauerspenderInnen. Füllen Sie einfach dieses Formular aus und senden Sie es uns zu.

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- einmalig monatlich
 1/4 jährlich 1/2 jährlich jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- Projektarbeit Öffentlichkeitsarbeit
 Projekt-/Öff.-Arbeit Fördermitgliedschaft

IBAN / Konto-Nr.

BIC / BLZ

Bank

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative

Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen. Die SEPA-Lastschrift kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden.

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

BESTELLSCHEIN Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.

Porto und Verpackung werden zusätzlich berechnet. Bei Bestellung von Plakaten bitte vermerken, ob wir sie gefaltet oder in der Rolle zuschicken sollen. Beachten Sie bitte, dass aus Platzgründen nicht alle Titel, die wir im Versand führen, in unserer **presente** erwähnt werden. Das vollständige Verzeichnis unserer Materialien finden Sie unter www.ci-romero.de/bestellen/.

Christliche Initiative Romero	Euro	Expl.	Ethischer Konsum	Euro	Expl.
RomeroZeitung 2015 – anlässlich der Seligsprechung Romeros	gegen Porto		Aktionsmaterial und KundInnenkarte: Tricksen Tarnen Täuschen	gegen Porto	
Faltblatt: Die Romero Stiftung – Den Armen eine Stimme geben			Aktionszeitung: Raus aus der Konsumfalle		
Werkmappe Romero: Falsche Propheten gibt es genug	4,00		Werkmappe: Kaufwahn oder Konsumieren mit Sinn?	5,00	
Flyer: Maquila-Solidaritätsfonds			Ratgeber: WearFair – Ein Wegweiser durch den Label-Dschungel bei Textilien, Taschenformat	1,00	
Faltblatt: CIR-Fördermitgliedschaft	gegen Porto		7-teilige Plakatserie zum Thema Ausbeutung in der Bekleidungs- und Orangensaftherstellung Einzelplakat 5 Euro, gesamte Serie 20 Euro	20,00 5,00	
CIR-Postkarte: Eine Stimme für Gerechtigkeit	gegen Porto		Infobroschüre: Young European's Projects, Initiatives and Ideas for a World in Balance NEU!	gegen Porto	
Faire öffentliche Beschaffung			Ausgespresst! Orangensaft-Produktion im Fokus		
Aktionszeitung: Wie fair kauft meine Stadt?	gegen Porto		Studie: Im Visier: Orangensaft bei Edeka, Rewe, Lidl, Aldi und Co.	5,00	
Postkarte: Wie fair kauft meine Stadt?			Aktionszeitung: Ausgespresst! Orangensaft im Fokus von der Plantage bis zum Supermarkt	gegen Porto	
Leitfaden: Wegweiser zur sozial verantwortlichen Beschaffung in Kommunen	4,00		DVD: Ausgespresst!	6,00	
Großer FAIRNESS-Check – Testen Sie Ihre Kommune!	gegen Porto		Kaffee-Kampagne		
Informationsbroschüre: Quo Vadis, Beschaffung? Eine Bestandsaufnahme der sozial verantwortlichen öffentlichen Beschaffung	2,00		Kaffeebarometer 2014 NEU!	3,00	
Öko-sozialer kirchlicher Einkauf			Rohstoffe NEU!		
Infoblatt: Das öko-faire Gotteshaus NEU!	gegen Porto		Studie: Broken Promises! Die Folgen des Rohstoffbooms im globalen Süden	4,00	
Aktionspostkarte: Wie fair kauft meine Gemeinde? Der Fairness-Check!			Flyer: Stop Mad Mining		
Werkmappe: Wie fair kauft meine Kirche? Ein Leitfaden zum ethischen Konsum in den Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen	3,00		Aktionszeitung: Rohstoffe auf Kosten von Mensch und Natur? beiliegend	gegen Porto	
Kampagne „FrauenStimmen gegen Gewalt“			Protestpostkarte: Glück auf? Schluss mit Menschenrechtsverbrechen im Rohstoffgeschäft beiliegend		
DVD: „Jetzt habe ich eine Stimme!“ Frauenorganisationen in Nicaragua (5 Kurzdokumentationen) <input type="checkbox"/> spanisch <input type="checkbox"/> deutsch	6,00		Geschenkkideen		
Kampagne für Saubere Kleidung			Geknüpft Fadenkreuze El Salvador (ab 100 Stk. á 0,60)	0,80	
Spiel: Fit For Fair - Foto-Memospiel zum Thema Bekleidungsindustrie	10,00		Bunte Holzkreuze mit biblischen Motiven, von Kooperativen der Basisgemeinden El Salvadors, (versch. Größen)		
Foto-Posterreihe zur Bekleidungsindustrie: „Nach St(r)ich und Faden“ (6 Poster)	15,00			3 cm (Anhänger)	3,00
Faltblatt: Fit For Fair für SportlerInnen und Vereine	gegen Porto			13 cm	8,00
Werkmappe: Fit For Fair Arbeitsbedingungen in der weltweiten Sportbekleidungsproduktion	5,00			20 cm	10,00
Aktionskarte für kritische KonsumentInnen: „Ich möchte die ganze Rechnung sehen!“				29 cm	13,00
Aktionsflyer: Made in Hell Ausbeutung zu Dumpingpreisen	gegen Porto		Name/Organisation		
Prospektpersiflage KiK <input type="checkbox"/> ALDI <input type="checkbox"/> Was hinter den Schnäppchen steckt			Strasse, Nr.		
Werkmappe: Mode ohne Würde: Ausbeutung in der weltweiten Bekleidungsindustrie. Informationen, Strategien, Aktionen	5,00		PLZ/Ort		
Studie: Im Visier: Discounter Studie über Arbeitsbedingungen bei Zulieferern von Aldi, Lidl und KiK in Bangladesch	5,00		Tel./Fax		
DVD: Nähen für den Weltmarkt Zwei Filme plus Diareihe	6,00		E-Mail		
DVD: Kleider machen Leute Jeweils 10-minütige Fernsehbeiträge	6,00		Datum, Unterschrift		

Bitte schicken Sie mir den **E-Mail-Newsletter** der CIR zu.



Christliche Initiative Romero
Breul 23 · 48143 Münster
Telefon 0251 - 89 503 · Fax 0251 - 82 541
cir@ci-romero.de · www.ci-romero.de

DKM Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM
BLZ: 400 602 65 KTO: 3 11 22 00

Und wieder das **billigste** Angebot

Für Risiken und Nebenwirkungen der Geiz-ist-geil-Einkaufsmentalität

fragen Sie IhreN BürgermeisterIn

Immer mehr KonsumentInnen interessieren sich dafür, wo und unter welchen Bedingungen ihre Einkäufe hergestellt werden. Sie scheuen keine Mühen, aus dem Dschungel an Pseudo-Nachhaltigkeitsinitiativen und grün angemalter Werbung die glaubwürdigen Akteure herauszupicken, bei denen sie guten Gewissens einkaufen können. Ihre Steuergelder werden derweil dem/der billigsten AnbieterIn in den Rachen geworfen, ohne Rücksicht auf soziale oder ökologische Kriterien. Warum? Weil die kommunalen Haushalte stimmen müssen und nicht langfristig geplant wird, sondern immer nur für den Moment.

Dass der billigste Kühlschrank schneller kaputt geht oder die Menschen, die Baumaterialien, Kleidung oder Nahrungsmittel herstellen, von ihrem Lohn nicht leben können und vielleicht auch deshalb außerhalb ihres Landes eine würdigere Zukunft suchen, soweit denken Kommunen meistens leider nicht. Sie argumentieren oft, dass es nicht genügend AnbieterInnen auf dem Markt gäbe, die tatsächlich bessere und fairere Produkte liefern könnten. Das stimmt tatsächlich, aber die Situation wird sich erst ändern, wenn die Unternehmen ihre unfairen Produkte nicht mehr loswerden und sich einer konse-

WIE FAIR
KAUFT MEINE
STADT



quent sozial gerechten Nachfrage gegenüber sehen. Natürlich, für den Übergang müssen Abstriche gemacht werden bei der Produktdefinition und vielleicht bewährte Unternehmen gewechselt werden.

Vielleicht erhält eine andere Baufirma den Zuschlag für den Bau der Kita, die Schnittschutzhose sieht anders aus, weil sie von einem anderen Hersteller ist und es gibt fürs Erste nur eine kleinere Blumenauswahl fürs Stadtfest. Aber die 250 Milliarden Euro Einkaufsvolumen der Kommunen werden die Unternehmen schneller überzeugen, als die paar Tausend Euro im Jahr, die die gemeinen Privat KundInnen aufs Tableau bringen.

Frag DeineN BürgermeisterIn: *Wie fair bist du?* Und fordere sie/ihn auf, Schritte zu unternehmen, den Einkauf Deiner Stadt umzustellen, zum Beispiel:

- Bis 2018 80% der Textilien für das Ordnungsamt oder die Feuerwehr fair einkaufen
- Das nächste Bauvorhaben mit „fair stone“ zertifizierten Steinen ausführen
- Schulungen für kommunale MitarbeiterInnen zu Herstellungsbedingungen und alternativen Einkaufsmöglichkeiten
- Den kommunalen Einkauf schrittweise umstellen und regelmäßig an den Rat berichten – dafür gibt es auch finanzielle Anreize.

Wichtig ist, dass sich die Stadt dabei nicht von den grün angemalten Marketingstrategien der Unternehmen einlullen lässt.

Mehr Tipps und Tricks, wie Du auf kommunaler Ebene aktiv werden kannst, bieten die Materialien der „Wie fair kauft meine Stadt?“-Kampagne der CIR. Die findest Du unter www.ci-romero.de/bestellen.

ECHTER HELD!



ECHTE HELDIN!



SIE NÄHT
FÜR IHN.

Für einen verantwortlichen Einkauf – gegen unwürdige Arbeitsbedingungen

